

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags am ...

Die achtspaltige Nonpareil-Schreibweise oder deren Raum kostet 2.- M. einschließlich ...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohender Konflikt bei der Eisenbahn

In ernster Stunde

In Nr. 50 des „Deutschen Eisenbahner“, die am 11. Dezember erscheint, wird der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes folgenden Aufruf veröffentlicht:

In den ersten Novembertagen d. J. reichte unser Vorstand dem Reichsverkehrsministerium und dem Reichsfinanzministerium den bekannten Antrag ein, möglichst bald mit uns über eine an alle Bediensteten zu gewährende Erhöhung der Teuerungszulage zu verhandeln.

- a) Den Teuerungszuschlag nicht mehr nach der Höhe des Einkommens zu klassieren, sondern ihn für alle Besoldungsgruppen gleich hoch zu bemessen wie folgt:
Detastklasse A und B 8000 M.
Detastklasse C und D 7500 M.
Detastklasse E 7000 M.

- b) Die Rinderzulagen allgemein um 100 Prozent zu steigern.
c) Den nichtplanmäßigen Beamten (Piktaren) ist außerdem der volle Teuerungszuschlag wie für die planmäßigen Beamten zu gewähren.
d) Die Vorlage erhält rückwirkende Kraft ab 1. Oktober 1920.

Bis zur Stunde hat eine Verhandlung zwischen unserer Delegation und der Regierung noch nicht stattgefunden. Was der Hauptanstoß des Reichstages am 4. Dezember beschloffen hat, ist in keiner Weise geeignet, den durch die Not diktierten Forderungen der Bediensteten gerecht zu werden.

Kollegen, die Stunde ist ernst! Seid bereit, wenn der Ruf an Euch ergeht, einig und geschlossen den uns drohenden Kampf anzunehmen. Alle Sonderaktionen müssen unterbleiben! Wer heute noch durch irgendwelche Handlungen unseren Kampf lähmt, ist ein Verräter an den Interessen der Kollegen. Die Zeitung unseres Verbandes wird zur gegebenen Stunde die geeignete Parole an Euch ergehen lassen. Seid bereit! Und seid einig!

Immer und immer wieder haben wir auf die Not der Staatsbediensteten hingewiesen. Die Regierung blieb taub, die bürgerlichen Parteien und ihre Presse hohnstaut, die bürgerlichen Parteien und ihre Presse hohnstaut. Erst kürzlich machten wir auf die bedrohliche Situation im Eisenbahnbetrieb aufmerksam. Regierung und Bureaucratie blieben unbeweglich. Jetzt stehen ernste Konflikte bevor und der Hauptanstoß des Reichstages schärft tagelang um Pfennige. Herr Havenstein empfindet neue Anlieferexperimente, um die Besteuerung des Viehes von neuem hinauszuschieben. Vor den Staatsbediensteten aber wird die alte alte Sparltankel gebetet. Will die Regierung den Kampf? Es scheint fast so. Sie soll aber wissen, daß in diesem Falle die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft hinter den Eisenbahnerstreik wird. Es wird höchste Zeit, daß im Plenum des Reichstages ein ernsthaftes Wort mit der Regierung gesprochen wird, damit die Öffentlichkeit erfährt, welche frivolen Spiel hier mit wichtigen Interessen der Gesamtheit getrieben wird, indem unumgängliche Forderungen einer unerschütterlichen Arbeiter- und Beamtengruppe und die Dringlichkeit der Forderungen vertretet, als Luft behandelt werden.

Giesberts wird unverschämt Streikverbot für die Postbeamten

In unserer Betrachtung über die Krise im Eisenbahnbetrieb, die wir an anderer Stelle veröffentlichten, haben wir bereits der Vermutung Ausdruck gegeben, daß die Regierung einen Konflikt mit den Beamten herbeiwünscht. Herr Giesberts, des Deutschen Reiches Postminister, scheint berufen zu sein, diese Vermutung zu bestätigen. Er wagt es, das Streikrecht der Beamten anzutasten. Auch unter den Postbeamten herrscht infolge der Verzögerung der Besoldungsaufbesserungen die gleiche Unzufriedenheit, wie unter allen anderen Beamtenkategorien. Nur die namenslose Gebuld der Beamten erklärt es, daß nicht schon längst offene Konflikte ausgebrochen sind. Regierung

und Bureaucratie haben alles getan und nicht das Mindeste unterlassen, was den Unwillen der Beamten zu steigern vermochte. Jetzt scheint Herr Giesberts dem Fah den Boden ausschlagen zu wollen. Er hat an alle Dienststellen ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

„Gegen Beamte, die streiken oder ihre Unzufriedenheit zum Dienstverweigerung, wird das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Dienstentlassung eröffnet. Hilfskräfte, die sich dieser Bewegung anschließen, werden striktlos entlassen.“

Bereits unter dem 3. Dezember hat der Reichspostminister auf Grund eines Kabinettsbeschlusses an die Oberpostdirektionen verfügt, daß bei Dienstverweigerung, gleichgültig ob sie mit Fernbleiben vom Amte verbunden ist oder nicht, gegen Beamte einzuschreiten sei und daß Lohnbedienstete bei gleicher Veranlassung striktlos zu entlassen seien.

So verkündet es eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbureaus. Es wird hinzugefügt, daß diese Verordnung der in der Sitzung der preussischen Landesversammlung vom 2. Februar namens der preussischen Regierung und dem Einverständnis mit der Reichsregierung abgegebenen Erklärung entspricht. Man beifolgt also die Dreifaltigkeit, bei dieser Gelegenheit noch hervorzuheben, daß dieser Angriff auf das Koalitionsrecht der Beamten von der Regierungsvorlesung längst vorausbedacht war.

Die gleiche Meldung des Wolffschen Bureaus erklärt, daß die Vorlage über die Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Rinderzulagen für die Beamten dem Reichstage vorliegt, mit dessen Zustimmung zu rechnen sei. Auch die Fertigstellung der neuen Besoldungstabelle wird betrieben. Weiterhin sollen, so weit es möglich ist, noch vor Weihnachten auf Grund der neuen Besoldungsordnung Maßnahmen ausgeführt werden.

Alles das ist richtig — aber man weiß auch, was an alledem ist. In unserem Blatte und von unseren Genossen im Parlament ist auf Grund authentischer Mitteilungen und Zahlenangaben der organisierten Beamten oft genug dargelegt worden, daß die fargen Bewilligungsabsichten der Regierung weder den sehr beschiedenen Forderungen der Beamten entsprechen, noch geeignet sind, das auf das knappe berechnete Existenzminimum für die Mehrzahl der Beamtenkategorien sicherzustellen. Trotzdem beifolgt der Postminister die Kühnheit, verkünden zu lassen, daß „seitens der Regierung alles zur schnellstmöglichen Regelung dieser Frage geschieht ist.“ Wenn man weiß, daß absolut nichts geschieht, dann klingt das wie eine Verhöhnung der hungernden und mit ihren Familien abgerissenen Beamten.

Und es ist nichts geschehen! Systematisch wird die Regelung der Besoldungsangelegenheiten so nachlässig betrieben, wie nur möglich. Hat die Regierung die Absicht, die Beamten in den Kampf zu treiben, will sie nach dem Muster ihres Vorgehens bei den Eisenbahnwerkstätten die Gelegenheit eines Konfliktens benutzen, um zahlreiche ihr überflüssig erscheinende Beamte hinauszuwerfen und die Ueberbleibenden dann um so härter anzuspinnen? Sie treibt ein gefährliches Spiel, aber sie mag sich hüten. Denn es ist durchaus nicht unmöglich, daß die Katastrophe, die sie heraufbeschwört, zur Katastrophe für die Regierung selbst werden kann. Die Beamten haben sich in Berlin, wie wir berichteten, und ebenso in einigen Städten im Reich bereits scharf gegen diesen Streik gewehrt. Und sie werden es weiter tun, der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher.

Lohnforderungen im Zwickauer Revier

II. Hohenstein-Ernstthal, 6. Dezember. Im Hotel „Drei Schwanen“ fand gestern eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute des Lugau-Deisnitzer Zwickauer Reviers und des Blaueschen Grundes statt. An der Vertreter beider Bergarbeiterverbände, des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Heizer und Maschinenisten teilnahmen. Die Angelegenheiten der Lebensverhältnisse in Höhe von 50 Pfg. für Jugendliche, eine Mark für Unverheiratete und 1,50 M. für Verheiratete je Schicht wurden als zu niedrig abgelehnt. Verlangt wurden 2 M. für Jugendliche, für Ledige und Verheiratete und für letztere außerdem drei Mark Familienlohn und eine Mark Zulage je Kind. Das Verlangen an Verarbeiten der achten Ueberstunde wurde einstimmig abgelehnt. In den Sägen soll bei den heutigen, in Zwickau stattfindenden endgültigen Verhandlungen, an denen Vertreter der Landes- und Reichsregierung teilnehmen, festgehalten werden. Ein Streikbeschluß wurde nicht gefaßt. Der Schlichtungsausschuss soll einst. entscheiden bzw. die einzelnen Belegschaften der Werke ihre endgültigen Beschlüsse fassen.

Krieg im Frieden

Neumarkt (Oberplatz), 5. Dezember. In den bayerischen Sprengstoffwerken Neumarkt fand nachmittags aus unaufrichtiger Ursache eine Explosion im Wäschraum statt. Drei Tote, etwa zehn Schwerverletzte und Hunderte von Leichtverletzten wurden geborgen. Die Gebäude sind stark beschädigt. Der Betrieb wird teilweise aufrechterhalten. Unbekannteste Berichte melden fünfzehn Tote.

Politische Krise

Es war nach den Debatten im Haushaltsausschuß klar, daß der Etat des Reichsernährungsministers dem Reichstag einen sogenannten großen Tag schenken würde. Daß die Debatte über die Ernährungswirtschaft sich aber zu einer ernsthaften politischen Krise auswachsen würde, hatten wohl nur wenige vorausgesehen. Daß es zu einer solchen kam, ist der beste Beweis dafür, daß es sich beim Kapitel Hermes nicht etwa um irgendwelche persönlichen Rechthabereien handelt, sondern um den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Gegensatz.

Herr Hermes begann mit einem der langen von ihm schon so oft gehörten Reserats über die gesamte Ernährungswirtschaft, das ängstlich um die Kernpunkte herumzugehen sich bemühte. Trotzdem trat deutlich der reaktionäre Geist dieser Ernährungspolitik zutage, die nur ein einziges Ziel kennt, die Rücksicht auf die Agrarier, den Handel und die Dünge-mittelindustrie und deshalb auch sich von jedem positiven Ziel fernhält, das einen Ausweg zur Besserung zeigen könnte. Herr Hermes fühlte wohl selbst, daß er sich als Minister für Unterernährung präsentierte. Er verlas deshalb, offenbar zu seiner Entschuldigung, einen Teil der Rede, die der Genosse Abramowitsch vor unseren Parteifunktionären über die schlechten Ernährungsverhältnisse in Russland gehalten hat. Mehrmals kündigte aufspringende Empörung und dumpfes Grollen an der Linken bevorstehende ernste politische Kämpfe an. Herr Hermes war so unsicher, daß er auf seinen einzigen Zwischenruf einging und ängstlich Satz für Satz von seinem Manuskript ablas.

Es half ihm nichts. Die Rechtssozialisten schieden ihren landwirtschaftlichen Fachmann, den Abgeordneten und preussischen Landwirtschaftsminister Otto Braun gegen Herrn Hermes ins Feld. Mit schneidender Sachlichkeit kritisierte der Abgeordnete Braun die Ernährungswirtschaft des Herrn Hermes. Er wies eindringlich auf die gewaltigen Gefahren hin, die der Uebergang der Landwirtschaft zur extensiven Wirtschaft nach sich ziehen müsse und empfahl deshalb im Sinne der von ihm vorgelegten Denkschrift Verbilligung und bessere Versorgung der Landwirtschaft mit Düngemitteln, um zur Steigerung der Erzeugung, und zum Preisabbau für Lebensmittel zu gelangen. Scharf griff Braun den Plan von Hermes an, Düngemittel zur Ausfuhr freizugeben, obwohl wir noch nicht einmal die Mengen von 1913 erzeugen und uns noch viel an den Mengen fehle, die zur Erzielung einer Vollernte erforderlich seien. Sein Vorschlag sei keine Liebesgabe an die Landwirtschaft, sonst würde dieser Plan ja nicht die gefällige Bekämpfung der Landwirtschaft finden. So richtig das ist, so wenig vermag dieser Hinweis die Lücke in dem Braunschens Vorschlag zu vertuschen, daß der Ableserungszwang der Landwirte die notwendige Folge der Gewährung billiger Düngemittel sein muß. Dieser scharfen Kritik an der Ernährungspolitik des Herrn Hermes ließ Braun dann einige in der Wirkung vernichtende Enthüllungen über das Verhalten von Hermes in der Bestechungs-affäre Augustin folgen. Er beschuldigte Hermes der absichtlichen falschen Darstellung des Verhaltens des Staatssekretärs Ramm und warf die Frage auf, ob nicht dessen Brief mit dem beschrifteten Datum gefälscht worden sei.

Herr Hermes versuchte sich mit rhetorischen Kunststücken aus der Situation zu ziehen. Er gab sich anscheinend der Hoffnung hin, daß er, dank der parlamentarischen Gepflogenheiten, nach der zwar ein Regierungsvertreter jederzeit das Wort ergreifen kann, die Abgeordneten aber an die Rednerliste gebunden sind, das letzte Wort mit seinen Behauptungen behalten würde. Aber Braun verließ seinen Abgeordnetenplatz, begab sich auf die Regierungstribüne zu den Sitzen der preussischen Regierung, und als der Reichsernährungsminister geendet hatte, ergriff er als preussischer Landwirtschaftsminister das Wort. Der Rechten ent schlüpfte erschrockene Entrüstungskrufe. Der preussische Landwirtschaftsminister bekräftigte sich in seiner Antwort sorgfältig auf die sein Ressort berührenden Dinge. Aber in diesen Dingen gelang es ihm, die Ausführungen des Ernährungsministers in allen Punkten als sachlich falsch, ja teilweise sogar als leise Veruche einer künstlichen Korrektur an den Tatsachen nachzuweisen. Insbesondere in der Bestechungs-affäre Augustin konnte er auf Grund der Aussagen seines Staatssekretärs Ramm Hermes Haltung in einem höchst eigenartigen Lichte erscheinen lassen.

Herr Hermes stammelte noch ein paar Worte von einem „Jrtum“, ohne an dem üblen Eindruck etwas zu ändern. Als Reiter in der Not trat nun der Reichskanzler an, den man inzwischen eilig herangeholt hatte. Herr Fehrenbach entpuppte sich aus dem bekannten Sonntagnachmittags-Rediger zum hausbackensten Schulmeister, der Sentenzen auszuteilen begann und sich bitter bedauerte, daß der preussische Landwirtschaftsminister es wage, im Reichstag mit so schweren Anklagen gegen den Reichsernährungsminister aufzutreten. Aber er schien sich doch selbst in der Situation nicht ganz zurecht zu finden, denn er erklärte, daß er unter solchen Umständen nicht mehr in der Lage wäre, die Geschäfte des Reiches geordnet zu führen. Herr Fehrenbach schien sogar zu wollen, daß unter diesen Umständen die Zusammenkunft mit den Rechtssozialisten in der

preussischen Regierung kaum noch möglich ist. Seine Ausführungen erwecken aber auch den Eindruck, als wenn er die Verantwortung für die Führung der Reichsregierung ablehnen wollte für den jetzt durchaus sicheren Fall, daß der von der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellte Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen Hermes zur Annahme gelangen würde. Diesen Schritt des Herrn Fehrenbach können wir verstehen. Denn es ist sicher keine angenehme Aufgabe, zusehen zu müssen, wie Stück für Stück der Schleiter von dem höchst ansehnlichen Treiben des Herrn Hermes gelöst wird und dieser selbst sich immer mehr in der eigenen Schlinge fängt.

Durch die Fehrenbachsche Erklärung hat sich die politische Situation jedenfalls geklärt. Hermes findet, woran wir ja nie gezweifelt haben, die volle Deckung der bürgerlichen Parteien, deren Interessen er in seiner völlig systemlosen und auf die Profitgier der Besitzenden zugeschnittenen Ernährungspolitik ohne jede Rücksicht auf die Lage unserer Gesamtwirtschaft und die Lage der Massen vertreten hat. Der Kampf, den Fehrenbach angekündigt hat, ist deshalb der Kampf der bürgerlichen Regierung gegen die Arbeiterklasse, die sich zur Wehre setzt, weil sie es nicht dulden kann und wird, von der Wirtschaftspolitik dieser Regierung zermalmt zu werden.

## Eine edle Gemeinschaft

Sinowjew, Radek und Enver Pascha

Wir gaben in der Freitag-Morgenausgabe einige Stellen aus der neuesten Schrift Sinowjews gegen unsere Partei wieder. Diese Schrift will anscheinend nur ein ähnliches Schimpfwerk übertreffen, das von Karl Radek kurz vor dem Parteitag in Halle veröffentlicht wurde. Einige Sätze daraus mögen zum Beweis der übereinstimmenden Tendenz beider Schriften dienen:

„Wilhelm Dittmann ist, was Einsicht, Mut und Energie anbetrifft, nicht wert, dem letzten Bauernjungen die schmutzigen Stiefeln von den müden Füßen zu ziehen... Hände weg von Sowjet-Rußland, Ihr Heuchler und Verräter! Kein ehrlicher Arbeiter glaubt Euch, wenn Ihr gegen Sowjet-Rußland lügt, und kein ehrlicher Arbeiter wird Euch glauben, wenn Ihr Sympathien für Sowjet-Rußland heuchelt. Ihr habt die Masken fallen lassen in Eurer schlotternden Angst vor dem ehrlichen, entschiedenen Worte von Moskau... Die rechten Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie sind gegen die einzige Internationale des Proletariats, die existiert, gegen die kommunistische Internationale. Sie wollen das deutsche Proletariat zurückhalten von der Einigung mit den proletarischen Massen Russlands und der Welt, weil sie gegen die Revolution sind.“

In seltsamem Kontrast zu diesen Fußtritten gegen Arbeiterführer steht folgende Verherrlichung des Armenier-Schlächters Enver Pascha, die kürzlich von demselben Verfasser in der neukommunistischen „Internationale“ am 23. November erschienen ist. Es heißt da u. a.:

„Enver Pascha ist nicht nur ein hervorragender Soldat, sondern auch ein Politiker, dem man alles mögliche sonst zum Vorwurf machen kann, nur nicht die Nationalität, wie auch nicht die Heuchelei, sich für kommunistische Revolutionen zu begeistern. Enver Pascha ist ein mit der Weltpolitik wohl vertrauter Mann... Er hat die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des deutschen Kapitalismus aufgegeben, ist gleichzeitig auch zu der Überzeugung gelangt, daß das feige Entente-Kapital sich in der Epoche seines Zerfalls befindet, von dem es sich nicht wieder erholen können wird. Daher hat Enver Pascha, ohne Kommunist zu sein, seine gewaltige Autorität, die er bei der muslimänischen Bevölkerung in der ganzen Welt genießt, für einen Bund zwischen den Massen im Osten und Sowjet-Rußland in die Waagschale geworfen. Wie vorzüglich und misstrauisch die Kommunisten sich gegenüber dem früheren türkischen Oberbefehlshaber auch verhalten mögen — sein Auftreten ist von gewaltiger symbolischer Bedeutung. Es zeigt, wie ein kluger Vertreter der im Osten herrschenden Klasse gewonnen ist, den Versuch zu machen, sich auf die Seite der Wertvollen zu stellen, wenn er die Befreiung seines Landes herbeiführen will.“

Sind das nicht kuriose Menschen, die sich da Kommunisten nennen und die deutsche Arbeiterführer als Verräter, Gegenrevolutionäre, Weißgardisten, politische Hochstapler, betrügerische Börsenmakler usw. bezeichnen, die sich aber verzückt einem der prominentesten Blutgeneräle des Weltkrieges an die Brust werfen, seine kommunistische Waffenbrüderschaft unbedenklich annehmen und sie gar noch als Symbol von gewaltiger Bedeutung verherlichen. Auch wir halten diese Erscheinung für ein Symbol, allerdings für ein solches, das ausschließlich gegen die Kommunisten spricht.

## Orgesch und Reichswehr

Vor kurzem wollte der bayerische Forstrat Escherich bei der sächsischen Regierung, um ihr begreiflich zu machen, daß die Orgesch eine Organisation sei, die sich den Schutz von Regierung und Verfassung zur Aufgabe gemacht habe. Wie es in Wirklichkeit um die Absichten und Pläne sowie um die ganze innere Organisation der Orgesch bestellt ist, darüber wirft eine Mitteilung der rechtssozialistischen „Dresdener Volkszeitung“ einiges Licht. Sie berichtet, daß der Dresdener Bürgerrat unter der Firma „Sächsische Ausgleichsstelle für Qualitätsarbeit“ ein Postfach Nr. 132 gemietet hat, die Postfächer aber nicht, wie andere Firmen es tun, durch einen einfachen Boten oder durch ein Schreibfräulein, sondern durch einen Leutnant abholen läßt. Dieser Leutnant wurde durch Beamte der Regierung festgenommen. Weiter berichtet das Blatt:

„Aus den hierauf bei dem Geschäftsführer des Bürgerrats, Dr. Cronau, von der Polizei beschlagnahmten Organisationsunterlagen ist ersichtlich, daß die Orgesch in Sachsen eine völlig militärisch aufgebauete und gegliederte Vereinigung ist, die in ihrem Plan genaue Angaben von Waffen- und Munitionsbeständen enthält. Ein Brief Cronaus stellt die Verbindung dieses Herrn mit dem Grafen v. d. Goltz fest. Die Mobilisationspläne sehen eine Waffenentnahme aus den Beständen der Reichswehr vor. Für den Fall bewaffneter Aktionen sind Telegrammschlüssel, Anweisungen über Sitzungen, Flugüberwachungsstellen und Gehörgehörige für Escherich-Beute vorhanden. In einem Befehl über die Mobilisierung im Bezirk Reichen ist gesagt, wo sich die Mannschaften bei Eintritt der Dunkelheit zu stellen haben. Ein Beispiel aus dem Telegrammschlüssel: Es bedeutet die Mitteilung: „Besprechung nächsten Donnerstag auf Sonnabend verschoben“ — „Drohende Kriegsgefahr!“ Telegramm: „Besprechung nächsten Donnerstag fällt aus“ — „Ordnung Alarmierung an“. In einigen Orten der Dresdener Umgebung wurde Auftrag gegeben, Poststellen über das Vorhandensein von Pferden, Militärwagen, Feu- und Stroh zu treffen und Mannschaften anzuwerben.“

Somit sind also die Vorbereitungen der Orgesch schon geblieben. Was den Regierungen der Einverständnis — Preußen, Baden, Sachsen — über die wahren Ziele der Orgesch bekannt geworden ist, das weiß natürlich auch die Reichsregierung. Da sie trotzdem nicht gegen die geheimen militärischen Verbände eingreift, beweist sie, daß sie im Dienste der Kontroversen steht. Die Arbeiter werden bei dem kommenden Aufbruch ganz auf sich selbst gestellt sein. Der Kampf gegen die Orgesch muß daher schon heute zu einem Kampf gegen die Regierung werden.

## Die sozialistische Regierung in Sachsen

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Dresden, 6. Dezember.

Am Sonntag tagte hier die Landesversammlung der sächsischen Rechtssozialisten, um zur Regierungsbildung Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran trat heute die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens zusammen.

Die erste Unterlage für die Bildung einer sozialistischen Regierung war durch die Erklärung der Kommunisten geschaffen. In einem Schreiben antworteten sie auf die Anfrage der beiden sozialdemokratischen Parteien, daß sie nicht bereit seien, in eine sozialistische Regierung einzutreten. Auf die zweite Frage, ob sie gewillt seien, für den von beiden sozialdemokratischen Fraktionen vorgeschlagenen Ministerpräsidenten zu stimmen und zu vermeiden, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt werde, gaben sie folgende Antwort: „Ja, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Frage 2 sich ebenfalls auf eine rein sozialistische Regierung bezieht.“ Das Schreiben lehnt dann noch hinzu: „Nur um jedes Mißverständnis von vornherein auszuschließen, sei nochmals betont, daß die Antwort auf Frage 2 uns zu keiner Handlung verpflichtet, die außerhalb wirklich revolutionärer sozialistischer Politik liegt. Unsere Stellungnahme für unser zukünftiges Verhalten ist Ihnen aus den Ausführungen Brandlers bekannt.“

Darauf hatte die Landesversammlung der Rechtssozialisten beschlossen, unserer Partei drei von den sieben Ministerposten zuzugestehen, und zwar die Ministerien der Finanzen, des Kultus und des Arbeitsministeriums. Als Ministerpräsident würde sie den bisherigen Inhaber dieses Postens Bud vorgeschlagen. Die Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie, die heute um 12 Uhr zusammentrat, konnte diesen Vorschlag jedoch nicht annehmen, erklärte vielmehr, daß der Partei das Ministerium des Innern, das nächst der Ministerpräsidentenschaft wichtigste politische Amt, zugestanden werden müsse. Ueber die Verteilung der anderen Ministerien lasse sich reden.

Die Fraktion und die Parteinstangen der Rechtssozialisten traten hierauf nachmittags 4 Uhr zu neuer Beratung zusammen und gestanden nach längerer Verhandlung diese Forderung zu. Von den der U. S. P. angebotenen Ministerien nehmen sie dafür das Finanzministerium in Anspruch. Auf dieser Basis wurde das Abkommen zwischen beiden Parteien abgeschlossen.

Unsere Partei schlägt den Genossen Lipinski für das Ministerium des Innern, den Genossen Flehner für das Kultusministerium und den Genossen Jäckel für das Arbeitsministerium vor. Des Letzteren Annahme ist indessen noch von der Zustimmung des Textilarbeiterverbandes abhängig.

Die Ministerwahlen der Rechtssozialisten sind noch nicht bekannt; es werden aber im wesentlichen die alten Minister bleiben.

## Wie Reaktionäre entwaffnet werden

Im Kreise Tellow sind vor einigen Tagen Hausdurchsuchungen nach Waffen vorgenommen worden. Im Anschluß daran wurde Major Stief aus Mahlow in Haft genommen. Dieser hatte zusammen mit dem Rittersgutsbesitzer Neuhaus auf Selsow, Kreis Tellow, und dem Rittmeister a. D. Richter auf Gut Mahlow die Landbevölkerung sehr reichlich mit Waffen versehen. Die Waffen — Maschinengewehre, Handgranaten, Infanteriegewehre, Leuchtpistolen und dazugehöriger Munition — sind im Kreise Tellow an den verschiedensten Orten versteckt worden. Major Stief veranlaßte, daß aus dem Kreise etwa hundert Führer, deren Begleiter zum Teil sich als Soldaten verkleiden mußten, mit Hilfe des Neuhaus und Richter im Juni d. J. nach Potsdam führten und dort von dem bereits bekannten Hauptmann Jirzom aus den überreichtsmöglichen Waffenbeständen der Reichswehr beladen wurden. Major Stief und Neuhaus haben auch entgegen den Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes die Bevölkerung aufgehetzt, die Waffen nicht abzugeben, sondern sie zu verbergen.

Das alles ist, wie gesagt, der Regierung bekannt. Was geschieht nun gegen den Major Stief? Das außerordentliche Gericht beim Reichswehrgruppenkommando I erklärt sich in dieser Angelegenheit für nicht zuständig und die Staatsanwaltschaft lehnte eine Verfolgung ab. Major Stief wurde aus der Haft entlassen. Der „Total-Anzeiger“ führt nun folgende Klage darüber, daß Stief 72 Stunden „seiner Freiheit“ beraubt worden sei. Dies illustrierte wieder einmal den Rechtsstaat. Ja wohl, das stimmt! Vaziristen, die in den bloßen Verdacht stehen, Waffen zu besitzen, werden erschossen, das Verfahren gegen die Täter wird ohne Angabe von Gründen eingestellt. Ein Major, der Waffen versteckt, wird auf freien Fuß gesetzt, die Staatsanwaltschaft sieht sich nicht veranlaßt, gegen ihn einzuschreiten. Das sind in der Tat ganz eigenartige Rechtsverhältnisse!

## Die Wiedergutmachung

Dem Vorsitzenden der deutschen Wiedergutmachungskommission in Paris am Sonntag eine Note überreicht worden, in der die Verbündeten mitteilen, daß die technischen Sachverständigen der Verbündeten sich am 13. Dezember vormittags in Brüssel zum Zwecke eines vorläufigen Studiums der Frage der Wiedergutmachung vereinigen werden, die Deutschland nach dem Vertrage von Versailles zu leisten verpflichtet ist. Die Sachverständigen, die der Zahl nach zwei für jedes vertretene Land betragen werden, werden einen Bericht an ihre Regierungen erstaten und das Protokoll ihrer Sitzungen wird der Reparationskommission mitgeteilt werden. Da die Sachverständigen der deutschen Regierung mit denen der verbündeten Mächte zusammen tagen sollen, sollen die Namen der Bevollmächtigten der deutschen Regierung umgehend mitgeteilt werden.

Aus London wird hierzu noch gemeldet, daß Deutschland sowohl auf der Wiedergutmachungskonferenz als auch auf der darauffolgenden Ministerkonferenz vertreten sein wird. Großbritannien hatte auf der fundamentalen Konferenz die Teilnahme Deutschlands an den Besprechungen bestanden, und Frankreich hatte sich schließlich damit einverstanden erklärt.

Zwischen den Vertretern der Reparationskommission und der deutschen Regierung haben seit mehreren Wochen Verhandlungen stattgefunden, über die von der deutschen Regierung zu lesen die Nachrichten sind. Diese sind nun zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die deutschen vorläufigen Verpflichtungen wurden wie folgt festgesetzt:

Gesäuge 1740 000 Stück, welche nach Möglichkeit innerhalb drei oder spätestens vier Jahren zu liefern sind; Ziegen sind zu liefern zusammen 25 165 Stück in drei Jahren; Schweine 15 250 Stück in einer Frist von drei Jahren; Pferde 30 000 Stück zu liefern innerhalb sechs Monaten; Schafe 125 000 Stück; Rinder 80 000 Stück (Stiere und Zugochsen); tragende Kühe und Färsen 30 000 Stück, zu liefern innerhalb sechs Monaten. Das ist bei der herrschenden Not sicher eine schwere Belastung für Deutschlands Bevölkerung. Auch sie ist nur eine Strafvollstreckung.

schafft der Kriegsheer, die aber deswegen ihren Bauern kaum enger schnüren werden. Der Leidtragende bleibt auch hier das Proletariat.

## Die Krisis im Osten

Verschärfung der russisch-polnischen Gegensätze

Der polnische Minister des Auswärtigen, Fürst Sapieha, hatte unter dem 26. November die Regierungen von Rußland und der Ukraine durch Funkpruch aufgefordert, unverzüglich sieben Jahresklassen zu demobilisieren. Tschischerin und der ukrainische Minister Rakowski haben darauf, einer Meldung aus Moskau zufolge, in einem gemeinsamen Funkpruch vom 2. Dezember zunächst ihrem Erstaunen über den ungewöhnlichen Versuch, diplomatische Verhandlungen auf telegraphischem Wege zu führen, Ausdruck gegeben. Dann heißt es weiter:

Die russisch-ukrainische Abordnung verhandelt ausschließlich auf der von ihren Regierungen vorgezeichneten Grundlage. Der Vertrag von Riga erlaubt den Banden Peissuras und Bolachowitschs, ihre militärischen Vorbereitungen unter dem Schutz der polnischen Besatzungstruppen auszuführen. Die Kubforderung, unverzüglich sieben Jahresklassen zu demobilisieren, erweist den Eindruck, als ob der Fortsetzung der militärischen Operationen gegen Rußland und die Ukraine Vorschub geleistet werden soll. Durch die Vereinerung Peissuras und Bolachowitschs ist klar erwichen, daß sich eine feindliche Koalition gegen Rußland und die Ukraine vorbereitet. Diese Verletzungen des Vertrages haben auf uns so entscheidend gewirkt, daß wir sie kaum bei der Unterzeichnung des endgültigen Friedens zwischen Polen einerseits und Rußland und der Ukraine andererseits vergessen werden. Es ist sehr wünschenswert, daß das Verhandlungsprogramm und die Bedingungen bald festgelegt werden, damit die endgültigen Verhandlungen beginnen können. Die Polen haben die Eröffnung der Friedensverhandlungen hinausgeschoben und weigern sich jetzt sogar, den Beginn der Verhandlungen bekanntzugeben. Hoffentlich werden diese Schwierigkeiten bald beseitigt werden. Vorher werden die russische und die ukrainische Regierung keinerlei militärische Garantien geben können. Rußland und die Ukraine sind von dem Bewußtsein durchdrungen, daß es das Beste ist, sobald wie möglich einen soliden Frieden in Riga zu schließen, wozu auch ihre Antwortnote überführt werden wird.

## Die Danziger Regierung

Opposition der sozialistischen Parteien

Danzig, 6. Dezember.

Die heutige Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung beschäftigte sich zunächst mit dem Antrage der bürgerlichen Parteien auf Grund des Artikels 118 der Danziger Verfassung die Verfassungsgebende Versammlung zum Volkstage zu erklären. Die Unabhängigen Sozialdemokraten, die Rechtssozialisten und die Polen lichen Erklärungen abzugeben, in denen sie gegen diesen Antrag Protest einlegten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der bürgerlichen Parteien mit allen Stimmen gegen die Rechtssozialisten, Unabhängigen und Polen angenommen. Es folgte dann die Wahl des Präsidenten des Senats. Hierbei wurde Oberbürgermeister Sahm mit allen abgegebenen 88 Stimmen auf zwölf Jahre gewählt. (Die beiden sozialistischen Parteien und die Polen hatten vor der Wahl den Sozialisten und blieben auch den weiteren Verhandlungen fern.) Zu hauptamtlichen Senatoren auf sechs Jahre wurden gewählt Abg. Schümmer (Innere), Stadtrat Dr. Strunk (Kultus), Dr.-Ing. Leske (Öffentliche Arbeiten), Landesrat Dr. Frank (Soziales) und Stadtrat Dr. Schwarz (Kommunales). Schließlich wurden noch drei Senatoren im Nebenamt gewählt und die Wahl des stellvertretenden Senators im Hauptamt (Finanzen) ausgeführt.

## Wohlfahrtschwindel

Die Spandauer Reichswerke schmieden Ketten

„Einem Wünsche weiter Kreise ihrer Arbeiterschaft entsprechend hat sich die Deutsche Werke A.-G. entschlossen, der Gründung einer Versorgungskasse näher zu treten.“ Mit diesen Worten beginnt ein Flugblatt dieser Gesellschaft, unter deren Namen die Spandauer Reichswerke fortbestehen, daß die Einrichtung eines neuen Wohlfahrtschwindels mit Beitrittswang für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie für die Angehörigen, die nicht der Angehörigensicherungspflicht unterliegen, antündigt. Die Versorgungskasse verspricht zunächst eine Sicherstellung gewisser Anwartschaften, welche sich die Arbeiter durch lange Dienstzeit erworben haben. Die Kasse soll ferner Zuschüsse leisten in eine Sparkasse, bei Unfällen, bei Verletzung der Witwen und Waisen und bei Unglücksfällen in der Familie. Die Beiträge für das Mitglied, die zwangswelt von Lohn einbehalten werden, stellen sich auf wöchentlich 7,70 M. bei einem Einkommen von 10 000 M. und darüber. Die Aktiengesellschaft gibt aus eigenen Mitteln einen Zuschuß von wöchentlich 3,85 M., den sie, was sie allerdings nicht sagt, ebenfalls auf irgend eine Art vom Lohn wieder einziehen wird. Weiter enthält das Flugblatt einige Mitteilungen über die Wirkleistung der Versicherten und der Betriebsräte, die sehr verlockend klingen.

Die organisierten Metallarbeiter der Werke haben diesen faulen Schwindel herbeigeholt. Und mit Recht. Die Arbeiterschaft muß sich sehr davor hüten, auf Beiruten dieser Art zu gehen, die zuguterlet immer den Zweck und vielfach auch den Erfolg haben, daß sie die Arbeiterschaft gefügig machen, an den Werk händen und die Solidarität zerstören. Es hat eine Zeit gegeben, in der dieser besonders von Krupp betriebene Unfug von den organisierten Arbeitern unbedenken abgelehnt worden ist. Heute sind derartige Dinge genau so zu beurteilen. Auch dann, wenn irgend jemand, was durchaus möglich ist, eines schönen Tages verkünden sollte, daß auf diese Weise die „Sozialisierung“ wieder einmal marschiert. Die Gewerkschaftsorganisationen haben die Pflicht, die Arbeiterschaft schon bei dieser Gelegenheit zur Ablehnung solcher Experimente in jedem Fall zu verpflichten. In dieser Zeit schwerster entscheidender Kämpfe darf kein Raum sein für gefährliche Illusionen. Klarheit ist notwendig und nichts darf geschehen, was die Einmütigkeit der Arbeiterschaft in ihrer Frontstellung zum Unternehmertum im mindesten beeinträchtigen könnte. Dieses aber ist der Zweck solcher Unfugs.

## Preussische Landesversammlung

Gestern verhandelte die preussische Landesversammlung über den Etat des Finanzministeriums und die Staatsschuldenerverwaltung. Die Rechte benutzte die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen den Finanzminister Lüdemann, den er wegen Beilegung einiger höherer Beamten in seinem Ministerium die Fahrt angefragt hat. Lüdemann wies die Vorwürfe zurück.

# Hermes auf der Unklagebank

## Deutscher Reichstag

12. Sitzung, Montag, den 6. Dezember 1920, nachmittags 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Dr. Hugo (D. Sp.) die Erklärung ab, daß er niemals Selber von der Reichslebergesellschaft zum Zwecke der Propagierung der freien Wirtschaft erhalten habe. Die 50 000 M., die er erhalten habe, stammen vom Verband der Lebergroßhändler. Er habe diesen Betrag an die Vertriebsleitung abgeführt. Abg. Simon (U. S. P.) erklärt darauf, daß Dr. Hugo durch diese Erklärung seine Behauptungen vollkommen bestätigt habe.

Sodann beginnt die Beratung des Etats des Ernährungsministeriums.

Ernährungsminister Hermes: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat die Bestrebungen zum Abbau der Zwangswirtschaft nur fortgesetzt. An sich wirkt die Zwangswirtschaftliche Regelung auf die landwirtschaftliche Produktion hemmend ein. Der Widerstand der Landwirte einerseits, die Notwendigkeit der Bekämpfung der Nahrungsmittel durch die Verbraucher andererseits, ließen den Schleichhandel wieder aufleben. Neben Landwirtschaft und Handel traten unter dem Einfluß des Verzuges der öffentlichen Bewirtschaftung auch bedeutende Verbraucherorganisationen für die Aufhebung der Zwangswirtschaft, besonders für Fleisch und Kartoffeln ein. Die Rückkehr zu freier Wirtschaft, besonders der Zwangswirtschaft beruhte dann zum größten Teil auf dem ungünstigen Umstand im Stande unserer Rohstoffe und auf den für den Winter in Aussicht stehenden Ernährungsschwierigkeiten. Nach Aufhebung der Zwangswirtschaft ist das Angebot an Lebensmitteln bedeutend gestiegen. (Zuruf bei den U. S.: Sie sind aber viel zu teuer!) Die Fleischpreise erreichen jetzt immer noch nicht die früheren Schleichhandelspreise.

Der Preisabbau kann nicht bei der Landwirtschaft beginnen, ihm muß die allgemeine Gesundung der Wirtschaft vorangehen. (Zuruf bei den U. S.: Was nennen Sie Gesundung?) Für Getreide, Zucker, Butter und Milch muß die Zwangsbewirtschaftung noch bestehen bleiben. Die deutsche Landwirtschaft macht eine moralische Krise durch. Gegen die Schädlinge der Landwirtschaft des Handels muß das Wuchergeiz vorgehen. Die Brotgetreideernte beträgt gegenüber 23 Millionen im Vorjahre etwa 7 Millionen Tonnen, zur Brotverfertigung allein fehlen 2 500 000 Tonnen. Dieser Fehlbetrag wird noch dadurch erhöht, daß der Ernteertrag schon vor dem 1. August in Anspruch genommen worden ist. Abgeliefert sind bisher nur 288 000 Tonnen gegenüber 1 116 000 Tonnen im Vorjahre.

(Lebhaftes Hör! Hör!) Gegenwärtig ist die Reichsgetreidestelle bemüht, auf Grund des Ernteergebnisses die Ablieferungspflicht festzustellen, die wahrscheinlich insgesamt 1 1/2 Millionen Tonnen betragen wird. Die Ernte ist weitestgehend schlechter als im Vorjahre; für Roggen ist in manchen Gegenden geradezu von einer Missernte zu sprechen. Der Schleichhandel wird durch die Mangelverhältnisse geradezu unterstützt. Durch die Presse und die landwirtschaftlichen Organisationen soll durch eine umfassende Propaganda den Landwirten die Notwendigkeit einer verstärkten Ablieferung vor Augen geführt werden. Jeder Landwirt, der seiner Lieferpflicht nachgekommen ist, wird für jeden darüber hinaus abgelieferten Zentner Brotgetreide einen Zentner Mais zu verbilligtem Preise erhalten. Von einem bevorstehendem Zusammenbruch unserer Brotgetreideversorgung im Besonderen und der Ernährungswirtschaft überhaupt, kann keine Rede sein. (U) Allerdings müssen wir an der strengen Zentralisation der Mehlzufuhr festhalten.

Abg. Braun-Dülfsdorf (Soz.):

Wir müssen uns darüber klar sein, daß wenn wir nicht mit einem fühlbaren Auf die ganze Wirtschaftsmaschine umstellen, die unrettbar in den Abgrund sinken. (Sehr richtig!) Der Mann muß verschwinden, daß man sich durch Papiergeld retten kann. (Sehr richtig!) Neben anderen Ursachen der heutigen Entwicklung, die noch immer dadurch gekennzeichnet ist, daß wir noch immer viel weniger produzieren, als wir verbrauchen, ist die Hauptursache die Verarmung unseres Bodens. (Sehr wahr!) Die letzten Erfolge vor dem Kriege verdanken wir vor allem der großen Düngung, insbesondere der Zuführung künstlicher Düngemittel. Hier muß der Hebel angelegt werden, um von der noch immer weiter umschlagenden ertrocknen Wirtschaft wieder zu einer intensiven zu gelangen. (Sehr richtig!)

Bei der billigeren Abgabe der Düngemittel an die Landwirtschaft handelt es sich nicht um eine Art Liebesgabe, sondern um eine

Liebesgabe für die Allgemeinheit.

Die Behandlung, die in der Presse der von mir in Kassel erwähnte Fall Augustin gefunden hat, zwingt mich zu einigen Bemerkungen. Ein Beamter meines Ministeriums, der in dreißigjähriger Tätigkeit dem preussischen Staat wertvolle Dienste geleistet hat, Dr. Ramm, ist zum Schutze eines bescheidenen Beamten in unerwarteter Weise bedrängt worden. (Hör! Hör!) Ende November 1919 hat ein Angehöriger der Ackerbaugesellschaft einem Beamten des Reichswirtschaftsministeriums 1000 M. und später nochmals 6000 M. geschenktweise zugehen lassen. Erst im Juni 1920 will man davon im Reichsministerium etwas erfahren haben. Im Hauptauschuss ist der Brief des Herrn Dr. Ramm an das Reichsministerium erwähnt worden. Es steht darin: „Am 10. abends mußte ich mit dem Minister nach Döberitz reisen. Ich konnte daher zu meinem Bedauern an der am 11. stattfindenden Sitzung des Stoffsstoffdüngeausschusses nicht teilnehmen.“ Tatsache ist, daß dieser Brief am 7. Mai geschrieben und am 8. Mai abgegangen ist. Er ist bereits am 11. Mai Gegenstand der Erörterung im Reichsministerium für Ernährung gewesen. (Hör! Hör!) bei den Soz.)

Daß der Brief am 8. Mai abgegangen ist, ergibt sich aus den Akten. Der Inhalt kann nur beruhen auf einer mir ganz unverständlichen Mächtigkeit des Staatssekretärs Ramm oder einer Fälschung. Es wird Sache des Reichsernährungsministeriums sein, den Brief durch Sachverständige nachprüfen zu lassen und festzustellen, was dort geschehen ist. Daß gewisse unverständliche Dinge dort im Ministerium vorkommen, ist gar nicht in Rede zu stellen. A. B. sind Möbel angeschafft worden und ein Automobil aus einem Fonds für Stiefeln, und also dann die Sache etwas kritisch wurde, wurde es auf ein neuangelegtes Vorschlagskonto verbucht. Zwei Monate später kommt der Ministerialdirektor ins Finanzministerium und erklärt, man wolle Anschaffungen machen, die bereits gemacht worden sind. Daraus kann man sich ein Bild von der

Wahrheitsliebe gewisser Herren

machen. Man hat mir sogar nachgesagt, ich solle Mitarbeiter des letzten Beschlusses haben, werden demnach vor Gericht Gegenklagen haben, den Wahrheitsbeweisen anzutreten. Herr Helfferich hat im Ausschuss diesen durch Unwahrheit konstruierten Fall einen Skandal genannt. Ich hoffe, daß Herr Helfferich nun sehr einschränkt wird, daß kein Fall Ramm vorliegt und auch kein Skandal, und daß er Gelegenheiten nehmen wird, dem zu Unrecht Verdächtigten und in der öffentlichen Meinung herabgesetzten Beamten Genugtuung zu geben. (Beifall bei den Soz. und große Unruhe rechts.) Dieser ganze Feldzug gegen mich und meinen Staatssekretär richtet sich in der Hauptsache gegen meine Vorschläge über die Düngemittelindustrie. Der

schamlose Genugtuung

gewisser Leute, die durch Schleicherei und Wuchererei ihr Geld leicht erworben haben und es vergeblich, soll uns daran nicht hingegähnen, daß die Rot im Kolle vor Tag zu Tag steigt. Es handelt sich darum, unsere Jugend besser zu erziehen, die heranwachsende Volksschicht, mit der wir das zusammenwachsende Vaterland wieder aufbauen wollen. Wer sich dieser Aufgabe widersetzt, begeht nicht nur ein Verbrechen an der deut-

lichen Volk, sondern lehnt Erdbe gegen sich selbst. Ich wünsche und hoffe, daß diese Erkenntnis mehr und mehr in den weitesten Volksteilen Platz greift, ehe es zu spät ist. (Beifall bei den Soz.)

Reichsernährungsminister Hermes bleibt bei seiner Darstellung des Falles bestehen. Der gerichtlichen Aufklärung sehe ich mit voller Ruhe entgegen. Betreffs der Umlagefrage ist mir ein Ver-  
tun unläufig.

Reichsanwalt Dr. Jochenbach:

Den Abschluß, den diese Debatte genommen hat, bedauere ich aufrichtig. (Sehr richtig rechts.) Es wird mir nicht leicht, in die Rechte des Abg. Braun einzugreifen, aber ich darf wohl die Bemerkung machen, daß auch der Abg. Braun, wenn er hier als Abgeordneter sprach und keine Angriffe gegen den Reichsernährungsminister richtete, sich darüber klar sein mußte, daß er vielleicht in die Lage kommen würde, auch als preussischer Landwirtschaftsminister und Ministerpräsident zu sprechen. Wie kann eine gelungene Preispolitik betrieben werden, wenn die verantwortlichen Stellen des Reiches und des größten Bundesstaates sich in dieser bedauerlichen Weise gegenübersehen, und die Reichspolitik von Seiten eines Abgeordneten, der zugleich Ministerpräsident eines Landes ist, in dieser Weise angegriffen wird. (Beifall rechts und in der Mitte — Lachen und Unruhe links.) Es ist nicht möglich, die Angelegenheiten im Reich gedeihlich weiterzuführen zu können, wenn solche Vorfälle sich wiederholen sollten. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte — Lachen, Unruhe, Widerspruch und Zwischenrufe links.)

Preussischer Minister Braun:

Der Umstand, daß ich preussischer Landwirtschaftsminister bin (Zuruf rechts: leider) — wenn Sie sagen würden er wäre icher Weise, wäre ich es nicht mehr —, kann mich nicht hindern, die Stellung meiner Fraktion zu diesen Fragen mit aller Entschiedenheit zu vertreten. Im parlamentarischen Regime, wo Minister zugleich Abgeordnete sind, werden sich solche Vorgänge öfters wiederholen, wie es sich ja in Weimar bereits bei Erzberger gezeigt hat. Was ich als Abgeordneter ausgeführt habe, war durchaus sachlich, und soweit es persönlicher Natur war, war es nicht Angriff, sondern Abwehr. (Sehr richtig und Beifall links.) Das war um so notwendiger, als man im Hauptauschuss meinen Herrn Staatssekretär nicht einmal angehört hat. Ich bedauere die Differenzen zwischen dem Reichsernährungsministerium und meinem Ministerium, aber daran trage nicht ich schuld, sondern gewisse Kreise, die ein Interesse daran haben, diesen Gegenstand herorzuziehen und zu erhalten.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Henke (U. S. P.): Im Namen meiner Fraktion erkläre ich, daß wir bedauern, daß der Herr Reichsanwalt in dieser Weise gegen den Herrn Minister Braun Stellung genommen hat. (Sehr richtig links.) — Nachdem der Präsident den Abg. Henke darauf aufmerksam macht, daß seine Ausführungen den Rahmen einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung überschreiten, erklärt der Redner, daß dann seine Fraktion im weiteren Verlauf der Debatte zum Ausdruck bringen werde, daß die Stellungnahme des Reichsanwalts sachlich völlig unberechtigt ist.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen werden die Beratungen abgebrochen.

Dienstag, den 7. Dezember 1920, 1. Anfragen. 2. Entwurf des Reichsernährungsgesetzes. 3. Fortsetzung der Aussprache über das Reichsernährungsministerium. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Der Generalstreik in Spanien

Die Madrider, 6. Dezember.

Die Generalstreikbewegung dehnt sich von Katalonien auf andere Provinzen aus, so daß bald mit der Beherrschung des Belagerungslandes zu rechnen sein dürfte. Die bewaffneten Truppen sind in die Städte zwischen Girona und Tarragona konzentriert. Im Hafen von Barcelona sind die Arbeiter der Industrie und Handel sind vollkommen gestillt. Die Lebensmittelversorgung vollzieht sich nur unter sehr schwierigen Umständen, Brotmangel sowie Mangel an gewissen anderen Lebensmitteln ist bereits hier und da aufgetreten. Selbst die Toilette kann nur mit Unterstützung der öffentlichen Gewalt und mit wenigen Wagen aufrechterhalten werden. In Sevilla ruht die Arbeit vollständig. Hier fehlt es der Bevölkerung vollkommen an Brot und an Fleisch. Die Banken werden militärisch bewacht. Ein im Hafen eingelauener russischer Dampfer wurde aus Anordnung der Behörden unverzüglich durch Truppen besetzt, um zu verhindern, daß die Bemannung an Land komme. Im Bergwerksgebiet von Oviedo ist der Streik auf allen Zechen vollkommen.

Die ersten Militärkräfte in Deutschland. Bei der Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes ist die Nachricht eingetroffen, daß 124 Räte, 2 Bullen und 2 Räder von Fredericksburg in Texas die Reise nach Deutschland angetreten haben. Die Spende geht von 100 Deutsch-Amerikanern in Fredericksburg unter Leitung des Herrn Holm Ostrow aus. Außerdem hat der „Gillespie Councils Hilfsverein“ aus gesammeltem Geld 33 Räte hinzugekauft. Selbstständig hat sich auch eine der Räte der Dissolution angeschlossen, indem sie noch rechtzeitig ein Kalb warf, das mit der Mutter die große Rasse antrat.

## Parteitag der SPD.

Was ist der Sinn der Spaltung?

Man fragt sich immer mehr, aus welchen Gründen die deutsche politische Arbeiterbewegung und insbesondere ihre stärksten Zweige, die Unabhängige Sozialdemokratie, zertrümmert werden mußte. Man sucht vergebens in den Offenbarungen, den zersplitterten Proklamationen, den Reden, jenes spezifischen Eigne, Neue, zu ergründen, das die Kommunisten etwa den Unabhängigen voraus hätten. Und so bleibt nichts übrig — ohne jede parteipolitische Beschränkung, — die Zertrümmerung der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands ist ein Verbrechen an der deutschen Revolution, an internationalen Sozialismus. Denn sie ist nicht erfolgt aus dem ungestümen Drängen der Massen, wie man es auf diesem Parteitag wieder in die Welt posaunt hat, sondern durch bewußte Ministerarbeit innen und außen, durch Spengungsarbeit im besonderen Auftrage.

Diese Verberzung wird genährt und gestärkt durch den Verlauf des Vereinigungsparteitags. Wo man wirklich sozialistisch argumentiert, den Dingen nicht einfach aus dem Wege geht und Theorien im lustigeren Raum konstruiert, da ist man genötigt, das „rechtsunabhängige“ Arsenal zu plündern. Und es spielt sich das tragikomische Schauspiel ab, daß man die geistigen Grundlagen der „rechtsunabhängigen“ anerkennt und sie gleichzeitig aufs heftigste attackiert. Das muß man tun, um die Berechtigung der Zertrümmerungspolitik zu erweisen. Damit mag man auch mal Erfolg in ungeschulten Arbeiterkreisen haben, die einfachen Massen der Arbeiterklasse lassen sich durch diese Manöver einfach nicht mehr täuschen. Und wenn heute die vereinigten U. S. und Kommunisten prunkeln im Gefühl ihrer zahlenmäßigen Stärke, die sie nicht durch die Güte ihrer politischen Führung erlangt haben, sondern durch schamlose Überantwortung einer schreiigen Propaganda-

so wird diesem Kampf bald der Raketenjammer folgen, wenn die Verantwortung an sie herantritt. Die Massen werden die Einlösung der Versprechungen fordern, sie werden die Verwirklichung der vielen leichtfertig hinausgeschleuderten Parolen erzwingen wollen. Dann wird man auch bei den ersten Elementen der U. S. und Kommunisten einsehen, daß es nicht genügt, über Berrat zu schreien und die Massen gegen die Führer aufzurufen, sondern daß es nötig ist, in ernster Arbeit dem Proletariat die Größe und Schwierigkeit seiner Aufgabe klarzumachen.

Es genügt nicht, den Kapitalismus zu stürzen, es ist nötig, die in ihm ruhenden Elemente des Sozialismus herauszuarbeiten und ihn zu überwinden. Das ist nur möglich im harten Kampf Klasse gegen Klasse. Aber die proletarische Klasse, auf der die Verantwortung vor der Geschichte ruht, muß und kann diesen Kampf nur führen in voller Klarheit über den ungeheuren Entwicklungsprozeß, den die Überwindung des Kapitalismus anbahnt. Je nachdem ihre theoretische Stärke, ihre moralische Kraft, ihr praktisches Handeln, sich gestaltet, wird dieser Entwicklungsprozeß zum Sozialismus führen oder die Arbeiterklasse zurückwerfen in neue, unüberwindliche Banden des Kapitals und der politischen Reaktion.

Die Agrarfrage wurde von Thalheimer im Rahmen eines gedruckt vorliegenden Agrarprogramms erörtert, das auch zur Annahme gelangte. Thalheimer gab zu, daß die Agrarfrage in Deutschland nicht nach russischem Muster gelöst werden könne. Aber was er und die darauf folgende Diskussion an Lösungen gab, das war mehr als dürftig.

War immerhin bei der Agrarfrage ein reges Interesse merktbar, so wurde die Arbeitslosenfrage in einer dilettantischen Art und Weise behandelt. Hedert, der Referent zu diesem Tagesordnungspunkt, gab die neue Parole aus: Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn und der Möglichkeit, diesen Lohn durch den Wirtschaftskampf noch zu steigern. Alle Forderungen der Arbeitslosen müssen unterstützt werden mit der ganzen Kraft der Partei. Die Diskussion förderte geradezu handbüchlerische Ansichten zutage. Neue revolutionäre Aktion, direkte Aktion, Bewaffnung des Proletariats, das wirkte nur so burlesk aneinander. Und man wartete vergeblich auf eine auch nur annehmbare Lösung der Frage.

Nach Koenigs Referat wird trotz starken Widerspruchs das Organisationsstatut ohne Debatte angenommen. Eine heftige Geschäftsordnungsdebatte entspinnt sich über den Namen der Partei. Es wird beantragt, darüber gesondert abstimmen zu lassen. Thalman-Hamburg wirft Koenig vor, daß dieser nicht mitgeteilt habe, daß die Organisationskommission einmütig beantragt habe, den Namen „Kommunistische Partei Deutschlands“ zu empfehlen. Koenig erwidert, daß man keineswegs einmütig darüber gemesen, und daß dies ein persönlicher sehr bitterer Angriff von Thalman sei. Der Antrag wird abgelehnt. Es bleibt also bei dem Namen „Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands“.

Die Richtlinien zur Jugendbewegung und zur Arbeit in den Elternberufen werden angenommen. Zu letzteren macht Clara Zetkin einige Ausführungen, in denen sie den Forderungen nach einem besonderen Kulturprogramm entgegentritt. Das ganze Programm der Partei sei Kulturprogramm.

Hedert referierte nunmehr über die Arbeitslosenfrage. Er weist auf die neuesten Veröffentlichungen des Reichsarbeitsministeriums über die Zahl der Erwerbslosen hin, und schildert die Wirtschaftskrise und die Unternehmerviolente. Er bringt verschiedene Fälle, besonders aus Sachsen vor, die beweisen, daß der revolutionäre Kampf die einzige Arbeitslosenfrage ist. Die Unternehmerviolente ist die Ursache der Arbeitslosenfrage. Er weist dann ferner auf die riesigen Arbeitslosenmassen in Amerika und England hin, und prophezeit nach Weihnachten ein hartes Anschwellen der Arbeitslosen. Hedert legt dar, wie sehr die Masse der Arbeitslosen Gefahr laufe, den Methoden der Bourgeoisie und der Monarchisten zu erliegen. Diese gingen darauf aus, die Arbeitslosen gegen die Arbeiter zu hegen. Er klagt die Partei an, daß sie sich nicht mit ihrer ganzen Kraft der Arbeitslosenfrage gewidmet habe, daß man die Arbeitslosen im Stich gelassen habe und diese dadurch ziel- und führerlos geworden seien. Jetzt müsse man als große Partei an die Spitze der Arbeitslosen treten und dürfen nicht zulassen, daß diese der Konterrevolution zugeführt würden. Alle Kräfte der Partei sollen mobilisiert werden, um die Arbeitslosen herauszureißen aus ihrem Elend und sie der proletarischen Kampffront zuzuführen. Alle Forderungen der Arbeitslosen müssen unterstützt werden, damit die Arbeitslosen nicht schlechter leben als die anderen Arbeiter. Das einzige Mittel sei die Einliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Die Lösung müsse also sein: sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn und der Möglichkeit, diesen Lohn noch steigern zu können durch den Wirtschaftskampf. Man habe gar keine Ursache, sich um die Schwierigkeiten zu kümmern, die dem kapitalistischen Staat aus der Erfüllung dieser Forderungen erwachsen. Am Kapitalismus sei nichts zu verbessern, sondern man müsse ihn vollends zertrümmern, um dann aufbauen zu können. Vor allen Dingen müßten die Gewerkschaften mobilgemacht werden für diesen Kampf der Arbeitslosen. Dann müßte die Gewerkschaftsbürokratie Farbe bekennen. Sie werde einfach weggeschoben werden in das Lager der Kapitalisten, wo sie schon längst hingehöre. Millionen Arbeiter würden so geholt werden von ihren trügerischen Illusionen. Die neue Partei werde sich als führende Arbeiterpartei erweisen und das Vertrauen des deutschen Proletariats erwerben. Tue man das nicht, dann werde die Partei zugrunde gehen, wie die anderen Parteien auch zugrunde gegangen sind. Der R. A. P. D. legt er die Frage vor, was sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems beizutragen habe. Ihre Politik sei keine Politik. Er klopft mit der Aufforderung, die aufgestellten Forderungen anzunehmen, hinauszugehen, um das ganze kommunistische Proletariat zu mobilisieren, zu gewinnen für diese Parole.

In der Diskussion wird von verschiedenen Rednern revolutionäre Aktivität gefordert. Rüd. Stuttgart weist darauf hin, daß Hedert wohl Forderungen aufgestellt, aber nicht hinzugefügt habe, daß man dazu auch die Eroberung der politischen Macht brauche. Er tritt für Stärkung der revolutionären Aktionen, für Bewaffnung der Arbeiterschaft, für positive Parolen ein. Man müsse endgültig von der propagandistischen zur revolutionären Aktion übergehen. — Von einem anderen Redner wird darauf hingewiesen, daß auch die Kontrolle der Produktion nur möglich sei nach der Eroberung der politischen Macht. — Die Forderungen Rüd. nach verstärkter revolutionärer Aktivität werden von verschiedenen Rednern unterstützt.

In seinem Schlußwort bezeichnet Hedert als wichtige Mahnahme die Demaskierung derjenigen Leute, die vorhaben, die Arbeiter führen zu können, und die Demaskierung der Wege, die sie einschlagen wollen, damit die Arbeiter sich immer weiter von ihnen ernähren. Solche Mittel, die die Arbeitslosen beargewöhnen, die sie selbst für notwendig erachten, das ist das, was wir brauchen. Er wendet sich mit großer Schärfe gegen die Propaganda des U. S. Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Verhandlungen mit der Sozialregierung wegen der Lieferung von Lokomotiven. Die Forderung von 3 Prozent Provision bezeichne er als eine Schmach und die Schreiber dieser Broschüre als schamlose Betrüger, die auf Kosten der russischen Arbeiter eine Verminderung des Elends der deutschen Arbeiter erbeuten. — Die Resolution des Referenten zur Arbeitslosenfrage wird einstimmig angenommen, desgleichen eine Resolution des Reichsausschusses der Gewerkschaften und eine Resolution Götzners, die sich gegen die Schamlosigkeit wendet.

Der Parteitag wird darauf auf Dienstag vertagt.



### Generalversammlung des Bezirks Potsdam 4

Am Sonntag, den 5. Dezember, tagte im Café Bellevue in Lichtenberg die Generalversammlung des Agitationsbezirks Potsdam 4. Genosse Käfer eröffnete die Versammlung und sprach seine Genugtuung über den starken Besuch aus. Er sprach seine Genugtuung über den starken Besuch aus. Er sprach seine Genugtuung über den starken Besuch aus.

#### Die politische Lage

Der Redner führte aus: Die politische Lage ist mit der wirtschaftlichen Lage eng verbunden. Wir haben seit den Reichstagswahlen eine rein bürgerliche Regierung, in der auch die Deutsche Volkspartei vertreten ist, die sich als die Partei des wirtschaftlichen Wiederaufbaus bezeichnet. Was hat diese bürgerliche Regierung, was hat vor allem die Deutsche Volkspartei bisher an aufbauender Arbeit geleistet? Von den Versprechungen, die den Wählern gemacht wurden, ist bis jetzt keine erfüllt worden. Das liegt zum Teil an der Unfähigkeit der Regierungsmänner, zum anderen auch daran, weil große sachliche Schwierigkeiten vorliegen, die vom bürgerlichen Standpunkt aus nicht zu lösen sind.

Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, daß nicht die Revolution, sondern der Krieg die Ursache an der wirtschaftlichen Zerrüttung ist. Der diesjährige Etat schließt mit einer Ausgabe von rund 42 Milliarden Mark ab. Unter diesen ungeheuren Ausgaben ist ein einziger Posten zu finden, der durch die Revolution verursacht wurde. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag sind allein 42 Milliarden Mark vorgesehen. Daß es zu bedenken, daß der Betrag für die Wiedergutmachung in diese Rubrik nicht einbezogen ist, da die Wiedergutmachung noch nicht festgelegt ist.

Die uns durch den Friedensvertrag auferlegten Lasten sind einfach nicht zu tragen.

Wenn wir wirtschaftlich bedeutend stärker wären, trotzdem dürfen wir uns nicht dazu verstehen lassen, Rache zu probieren. Wir müssen vielmehr betonen, daß der Vertrag von Versailles von denen verschuldet wurde, die heute die Leutesten sind. Waren sie die Sieger geblieben, dann würde die Entente sicher noch mehr Grund zum Seufzen haben als heute Deutschland.

Der Reichswirtschaftsminister Scholz, der den Wiederaufbau der Wirtschaft bewerkstelligen soll, ist ein gedanklos arbeitender Mann. Seine Politik ist gerichtet, Deutschland schwerer zu machen. Er behauptete vor einigen Tagen, daß Deutschland keine Rohstoffe hätte, während Frankreich im Ueberflusse davon ist. Das ist nicht richtig, Frankreich hat keinen Ueberflusse an Kohlen, sondern es leidet ebenso wie Deutschland. Und das kann nicht anders sein. Denn Ludendorff hat während des Rückzugs in Nordfrankreich 20 Gruben planmäßig zerstört. In den Gruben befinden sich noch heute über 80 Millionen Kubikmeter Kohle, Eisensteine und Erzkonzentrate. Nur wenige Gruben sind wiederhergestellt. Selbstverständlich steht unter solchen Umständen die französische Kohlenproduktion, und wenn angesehene Arbeiter Tarifen sich ein Minister dazu herabläßt, Lügen zu verbreiten, dann wird eine solche Politik eben nur zur Schandenschrift.

Trotzdem steht es in unserem Finanzwesen aus. Reichsfinanzminister Hagenstein hat vor wenigen Tagen im Reichstag nachgewiesen, daß die gegenwärtige Lage unhaltbar geworden sei. Er mußte zugestehen, daß wir

#### am Rande des Abgrundes

leben. Von Ende 1919 bis jetzt ist allein die Schwabende Schuldbelastung von 80 auf 146 1/2 Milliarden angeschwollen; von Ende April 1920 bis jetzt sind die Ausgaben allein um 528 Milliarden überschritten. Während wir vor dem Kriege etwa 5 Milliarden Schulden hatten, haben wir also allein von April bis November 1920 zehnmal mehr vorausgeben müssen. Der Papiergeldumsatz ist fast viermal so hoch. Er ist von Ende 1919 bis Ende November 1920 allein von 30 auf 75 Milliarden gestiegen. Nur die Tatsache, daß wir während des Krieges keine Wertschöpfung, sondern

Wertschöpfung betrieben, daß Geld und Menschen verpulvert wurden, hat dieses Chaos geschaffen. Der Hauptschuldige an dem Finanzchaos ist Herrlich. Er war es, der dafür eintrat, daß die Kriegsschulden nicht durch Steuern, sondern durch Anleihen gedeckt wurden. Das deutsche Volk wurde systematisch geschwindelt. 1917 wurden 7 Milliarden Mark Anleihen als Einnahmen geschuldet, obwohl wir damals absolut keine Einnahmen hatten. Das war ein aufgelegter Betrag, und es ist tief beschämend für die politische Führung in Deutschland, daß Leute, die diese Verbrechen begangen haben, heute noch als Retter des Vaterlandes auftreten können.

Auch in der Nachkriegszeit sind große Fehler gemacht worden. Das Schlimmste war, daß nicht sofort Steuern ausgeschrieben und eingetrieben wurden, wie es die Unabhängige Partei verlangte. Die Rechtssozialisten widerlegten sich einer solchen Steuerpolitik. Schiffer und Dernburg, die beiden ersten bürgerlichen Finanzminister der Nachkriegszeit, waren ein Unglück. Sie taten überhaupt nichts zur Gründung der Finanzen. Herr Gräberger hatte den Mut und den Willen, den Finanzen eine gesunde Grundlage zu geben. Es wurden verschiedene Steuern ausgeschrieben, aber nicht eingetrieben. Nur Arbeiter, Angestellte und Beamte sind rückständig zur Besteuerung herangezogen worden, die bürgerlichen Kreise haben nichts oder nur sehr wenig gegeben. Das Kriegsnachopfer, das die bürgerlichen Klassen bringen sollten, ist zwar verlangt, aber nicht eingezogen. So wird die Not immer größer und ab 1. April 1921 werden wir im Reichshaushalt mit einem

#### Fehlbetrag von 80 Milliarden

zu rechnen haben. Jetzt ist nun der Vorschlag einer Zwangsanleihe gemacht worden. Die Kapitalgeber sollen mit 20 Prozent ihres Vermögens, die Betriebe und Gesellschaften mit einem Anteil zur Zwangsanleihe herangezogen werden. Die Kapitalisten sind mit diesem Vorschlag sehr zufrieden, denn sie bekommen für die Zwangsanleihe noch 4 Prozent Zinsen und brauchen das Kapital nicht mehr einzusetzen. Selbst wenn sie die Anleihe mit 50 Prozent Verlust wieder abstoßen würden, hätten sie immer noch 50 Prozent Gewinn. Eine verzinsbare Anleihe ist eben keine Steuer, und deshalb zeigen die Kapitalisten für die Zwangsanleihe sehr großes Verständnis.

Betrachten wir die Finanzen des Staates, so sehen wir, daß es keinen Ausweg gibt, das Chaos mit kapitalistischen Methoden zu beseitigen. Wir stehen vor einem schwarzen Loch. Die Rotenpresse kann uns nicht helfen. Von den 80 Milliarden Mark, die im Umlauf sind, sind etwa 10 Milliarden gehamstert worden, ein anderer Teil ist angelegt in Wertpapieren, die durch Steuern leicht zu erfassen sind. Dadurch wird der Wert der Mark immer mehr herabgesetzt. Der Satz, daß nur durch produktive Arbeit Deutschland gerettet werden kann, ist durchaus richtig. Nur vermag es der kapitalistische Staat nicht, Arbeit zu verschaffen. Große Massen des Volkes wollen sich durch Arbeit retten, finden aber keine Beschäftigung. Die Erwerbslosenunterstützung reicht gar nicht aus, um den Unterhalt zu decken, und die Finanzen werden immer mehr. Die Arbeitslosigkeit und die mangelnde Kaufkraft sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Uns fehlen die Rohstoffe, die bei dem Tiefstand der Welt nicht eingeführt werden können. Als Käufer können heute nur noch die Kapitalisten und die Agrarier auftreten. Ihre Zahl ist aber nicht groß genug, um eine größere Nachfrage zu erreichen; zudem sind sie sehr oft Käufer von Luxusprodukten, die nicht einmal in Deutschland hergestellt werden, während die erwerbsfähigen Schichten ihr gesamtes Einkommen fast ausschließlich für Lebensmittel ausgeben müssen, also für andere Gegenstände als Käufer nicht in Betracht kommen können.

Die Lebensmittelnot ist die Ursache der Lebensmittelteuerung. Wir haben während des Krieges Raubbau getrieben. Der Boden ist ausgegipfelt, die natürlichen Düngemittel fehlen infolge des Rückganges der Viehwirtschaft, die künstlichen Düngemittel sind zu teuer, um in erforderlichem Maße zur Fruchtbarmachung des Bodens verwendet zu werden. Die Landwirtschaft treibt Selbstzucht und weigert sich, die erforderlichen Mengen Getreide abzuliefern, weil sie auch in der Selbstzucht die Zwangswirtschaft beiseite stellen wollen. Die Ablieferung an Brotgetreide in der Zeit vom 1. Oktober bis 11. November 1920 betrug noch nicht den neunten Teil des vorjährigen Betrags. Während im Vorjahre 603 438 Tonnen abgeleitet wurden sind, sind bis jetzt erst 75 650 Tonnen Brotgetreide abgeliefert worden. Hater wurde überhaupt nicht abgeliefert, so daß nicht einmal die für die Ernährung der Kinder notwendigen Haterpräparate hergestellt werden können.

Während durch die Krise und die Teuerung die große Masse des Volkes in bittere Not geraten ist, geht es der Schwerindustrie ausgezeichnet. Die Profiteure der Industrien

Unternehmungen ist ungeheuer groß. Die Gewinne sind verheerend und verheerend. Die Gewinne sind riesig angeschwollen, und das, obwohl die Produktion vielfach gefallen ist. Die Kleingewinne der Schwerindustrie stammen daher, daß ein großer Hunger nach Eisenwaren vorhanden war und daß die Preise von den Industriellen nach Belieben festgesetzt wurden. Leider sind auch die Arbeiter teilweise für diese Preispolitik eingetreten, obwohl sie dadurch selbst den größten Schaden haben.

#### Genosse Breitscheid bespricht dann das Sozialisierungsproblem.

Er wies unter dem Beifall der Versammlung die Pläne des Herrn Sinnes zurück und betonte, daß es für die Arbeiter in dieser Angelegenheit kein Kompromiß geben könne. Für uns gebe es nur eine Parole: die volle Ausschaltung der Unternehmer. Die Sozialisierung sei der einzige Weg, um aus dem Chaos herauszukommen. Aber auch dann, wenn es uns gelungen ist, den Sozialismus zu erkämpfen, wird es länger Jahre bedürfen, bis die Bedarfswirtschaft auf der Höhe ist, um ein einigermaßen geordnetes Wirtschaftsleben wiederherzustellen. Aber es muß der Anfang gemacht werden, da es einen anderen Weg als den der Sozialisierung überhaupt nicht gibt. Wenn die Kommunisten sagen, die Sozialisierung sei eine Machfrage, so ist das eine Lüge. Wir wissen, daß in dieser Frage die gesamte bürgerliche Gesellschaft gegen uns ist und alle Machtmittel zur Behinderung der Sozialisierung anwenden wird. Geben wir uns keiner Täuschung hin, der republikanische Gedanke ist lange nicht so fest, wie wir es wünschen. Wir hätten vielleicht schon längst wieder die Monarchie, wenn die Kommunisten einen Marsch und keine allzu große Angst vor der Entente hätten. Aus alledem geht hervor, daß uns ein schwerer Kampf bevorsteht. Wir müssen den Mut haben, die Wahrheit zu sagen und den Arbeitern

#### die Schwere des Weges

zu zeigen. Irgendwo muß praktisch angefangen werden, und das kann nur dort sein, wo die Wurzeln der Produktion liegen, also beim Bergbau. Die Sozialisierung ist nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch eine Frage des Willens und Erfennens. Dieser Gedanke ist durch die Demoralisierung des Krieges und durch die kommunistische Hege völlig in den Hintergrund getreten. Es ist aber an der Zeit, daß die Arbeiter wieder zum Studium zurückkehren, wie in den 80er Jahren, wo mancher nacheinander bei der Lampe saß, um kein Wissen zu vernachlässigen. Versteht es, wenn die Kommunisten glauben, allein durch einen Vortrupp die Macht erobern zu können. Ein Vortrupp kann wohl einen Schützengraben erobern, wenn ihm aber der Zusammenhang mit der Armee fehlt, wird er auf einleimenden Posten schnell zugrunde gehen. Unsere Aufgabe ist es, den Zusammenhang zwischen den Massen und dem Vortrupp herzustellen. Nur durch gemeinsamen Kampf werden wir zu unserem Ziele gelangen! (Lebhafte Beifälle.)

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Genosse Stein sprach nach einer kurzen Pause über

#### Agrarprogramm und Landarbeiterfrage

Er begann mit einer Schilderung des jetzigen Standes der Landwirtschaft und des politischen und sozialen Zustandes auf dem flachen Lande. An dem Verfall der Produktivität Deutschlands ist natürlich auch die Landwirtschaft beteiligt, deren Ertragsfähigkeit infolge des Raubbauens im Kriege, der Absperrung vom Weltmarkt und der Wirtschaftskrise der Agrarier gelitten ist. Dennoch zeigt sich auf dem flachen Lande ein entgegengelegter Prozeß als bei der großen Masse der städtischen Bevölkerung. Während die Lebenshaltung des städtischen Proletariats um mehr als die Hälfte gesunken ist, sind die Einkünfte der bäuerlichen Bevölkerung, trotz der gesteigerten Ausgaben, um das Doppelte und Dreifache gestiegen. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land hat sich außerordentlich verschärft. Auch auf dem flachen Lande haben die Klassenverhältnisse zugenommen. Das Landproletariat ist erwardt und kämpft gegen das mittlere und große Bauerntum wie gegen den Großgrundbesitz. Die Möglichkeiten, die die Novemberrevolution bot, sind auch auf dem flachen Lande nicht ausgenutzt worden. Das feudale Jankertum steht ungebrochen da, unterstützt von dem mittleren und großen Bauerntum, das in geschlossener Front dem Proletariat gegenübersteht. Das flache Land ist heute wirtschaftlich und politisch der Hauptkernpunkt der Konterrevolution. Die Siedungspolitik der Demokraten und Rechtssozialisten hat an dieser Tatsache nichts geändert, sie läuft vielmehr letzten Endes auf eine Unterstüßung des großen Grundbesitzes hinaus.

Die Agrarpolitik der sozialistischen Parteien leidet an Zerstückeltheit und Verwirrenheit. Während die Rechtssozialisten durch

## Singer

Roman von Kurt Hamann.

Was dies ging mir in diesem verzweifelten Augenblick im Kopfe herum, als meine Wirtin im Begriff war, mich zum Saale hinauszujaßen.

„Er hört nicht“, rief sie. „Ich sage Ihnen, daß Sie sich zum Saale hinaus jaßen! Das Sie's nur wissen! Ich glaube, hol mich der Satan, daß der Kerl verrückt ist! Auf der Stelle machen Sie, daß Sie fortkommen — und damit hat's ein Ende!“

Ich blinnte nach der Tür, nicht um zu gehen, durchaus nicht um zu gehen; mir kam ein fieser Gedanke: wenn ein Schlüssel im Schloß gesteckt hätte, würde ich ihn umgedreht und mich zusammen mit den andern eingeschlossen haben, um nicht gehen zu müssen. Ich hatte ein hysterisches Grauen davon, wieder auf die Gasse gehen zu werden. Aber es steckte kein Schlüssel in der Tür, und ich stand auf. Keine Hoffnung mehr!

Da plötzlich mischt sich die Stimme meines Wirtes in das Geschrei der Frau. Erstaunt blieb ich stehen. Derselbe Mann, der mir soeben noch gedroht hatte, nimmt jetzt langsam genug meine Partel und sagt:

„Klein, das geht nicht, nichts kann man die Leute nicht aus dem Hause jagen. Darauf heißt Strafe.“

Ich wußte nicht, ob Strafe darauf stand, ich vermochte es nicht zu sagen; aber vielleicht verhielt es sich so, und die Frau begann sich schnell, wurde ruhig und sprach nicht mehr zu mir. Sie legte mir sogar zwei Butterbrote zum Essen hin, aber ich nahm sie nicht; aus reiner Dankbarkeit gegen den Mann nahm ich sie nicht und gab vor, in der Stadt ein wenig eingekauft zu haben.

Als ich mich endlich ins Vorzimmer begab, um schlafen zu gehen, kam das Weib mir nach, blieb auf der Schwelle stehen und sagte laut, während ihre gewaltigen, schwangeren Formen mir entgegenstießen:

„Das ist aber die letzte Nacht, daß Sie hier schlafen, merken Sie sich das.“

wegen hatte ich mich vollständig angekleidet schlafen gelegt und brauchte mich jetzt nicht erst anzuziehen. Nachdem ich ein wenig Wasser getrunken und ganz leise die Tür geöffnet hatte, ging ich fort, weil ich fürchtete, meiner Wirtin abermals zu begegnen.

Einige Konstabler, die Nachtsdienst gehabt hatten, waren die einzigen lebenden Wesen, denen ich auf den Straßen begegnete; bald darauf kamen ein paar Männer, die überall die Gaslaternen auslöschten.

Ich trieb mich ohne Zweck und Ziel umher, kam in die Kirchgasse und schlug den Weg nach der Festung ein. Halb erstorben und immer noch schlaftrig, hungrig, nach dem weiten Wege schwach in den Knien und im Rücken, setzte ich mich auf eine Bank und duckte lange, lange vor mich hin. Drei Wochen hatte ich ausschließlich von Butterbrot gelebt, die meine Wirtin mir morgens und abends gegeben; jetzt waren es genau vierundzwanzig Stunden, seitdem ich meine letzte Mahlzeit genossen, der Hunger nagte wieder schlimm an mir, und ich mußte mich so schnell wie möglich nach einem Ausweg umsehen. Mit diesem Gedanken schloß ich abermals auf der Bank ein.

Ich erwachte davon, daß mehrere Leute in meiner Nähe sprachen, und als ich zu mir gekommen war, sah ich, daß es heller Tag geworden, und die Menschen bereits auf den Füßen waren.

Ich stand auf und ging. Die Sonne krieg über den Hügeln empor, der Himmel war weich und zart, und in meiner Freude über den klaren Morgen nach den vielen düsteren Wochen vergah ich alle Sorgen, und es schien mir, als habe es gar manches Mal schon viel schlimmer für mich ausgesehen. Ich schlug mich auf die Brust und sang eine leise Melodie. Meine Stimme klang so trank, so recht schwach klang sie, und ich selbst wurde zu Tränen über sie gerührt. Dieser prächtvolle Tag, der weiße, lächtrunkene Himmel wirkten so mächtig auf mich, und ich begann laut zu weinen.

„Was fehlt Ihnen?“ fragte ein Mann.

Ich antwortete nicht, eilte nur fort und verbarg das Gesicht vor allen Leuten.

Ich kam nach den Quais hinunter. Ein großes Barkschiff mit russischer Flagge lag und löschte Kohlen; an der Seite lag ich den Namen „Capegora“. Eine Zeitlang zerstreute es mich zu beobachten, was auf diesem fremden Schiffe vorging. Die Ladung mußte beinahe schon gelöst sein, denn es lag bereits neun Fuß über Wasser trotz der Ballast, den es doch wohl eingeommen hatte, und wenn die Kohlenträger mit ihren schweren Eiseln über Deck hampften, dröhnte es höll im ganzen Schiffe.

Die Sonne, das Licht, der bligige Hauch vom Meere her, dies ganze geschäftige und lustige Leben härteten mich und machten mein Blut lebendig pulseren. Mühsig fiel mir ein, daß ich vielleicht ein paar Szenen an meinem Drama machen könne, während ich hier saß. Ich zog also das Papier aus der Tasche.

Ich veruchte eine Replik für einen Mönchsmund zu bilden, eine Replik, die schwellen sollte vor Kraft und Intoleranz; — aber sie gelang mir nicht. Ich schlug also den Mühsig über — aber sie gelang mir nicht. Ich schlug also den Mühsig über an die Tempelhändlerin; ich schrieb nur eine halbe Seite an dieser Rede und hörte dann wieder auf. Es wollte sich nicht die rechte Stimmung auf meine Worte legen. Das Treiben um mich her, der Geklag der Matrosen, der Lärm der Gangspille und das ununterbrochene Kaffeln der Eisenketten paßte so wenig zu der Luft des düsteren, moderigen Mittelalters, die wie ein Nebel über meinem Drama liegen sollte. Ich packte also meine Papiere zusammen und ging.

Wenn ich jetzt nur ein Obdach hätte! Ich überlegte und sann; mir fiel aber nicht ein einziger Keimer Hied in der ganzen Stadt ein, wo ich auch nur eine kurze Stunde hätte verweilen können. Mir blieb nichts anderes übrig, ich mußte nach dem Koffhaus in Vaterland zurückgehen. Ich träumte mich bei dem Gedanken und sagte mir fortwährend, das gehe nicht an, aber ich ging doch weiter und näherte mich stetig dem verbotenen Ort. Natürlich sei es jammervoll, gab ich mir selbst zu, ja, es sei schmachvoll, geradezu schmachvoll; aber es half nichts. Ich besah nicht den geringsten Hochmut, ich durfte das große Wort aussprechen, daß ich einer der am wenigsten hochmütigen Menschen sei, die es heutzutage gab! Und ich ging.

Jetzt war ich aber doch glücklich ins Geleise gekommen und empfand hier, daß ich etwas würde anrichten können, wenn alles gut ging.

Vor der Tür blieb ich stehen und überlegte noch einmal. Ja, komme, was da wolle, ich mußte es wagen. Es dachte ich doch nur um eine Kleinigkeit. Epiens handelte es sich nur um einige Stunden, zweitens sollte Gott verhüten, daß ich später jemals meine Zukunft wieder nach diesem Hause nahm. Ich trat in den Hof. Noch während ich auf diesen unebenen Steinen über den Hofplatz ging, war ich unachtsam und wäre an der Tür beinahe wieder umgefallen. Ich biß die Zähne zusammen. Nein, jetzt nur keinen Schritt angebrachten Stolz! Im schlimmsten Falle hatte ich ja die Tugend, daß ich gekommen sei, um abien zu sagen, ordentlich Abschied zu nehmen und eine Vereinbarung bezüglich meiner Schuld zu treffen. Ich öffnete die Tür zum Vorzimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Ihre praktische Arbeit wie durch ihre Beschlüsse auf dem Kasse-ler Parteitag selbst das Erörterte Programm verknüpft und sich auf den Boden kleinbürgerlicher Reformpolitik gestellt haben, betreiben die Kommunisten, namentlich nach Annahme der Moskauer Leitsätze, Bauernkrieg, indem sie die Parole der Aufteilung großer Güter in die bäuerlichen Massen werben. Die unabhängige Sozialdemokratie hat sich bisher viel zu wenig mit der Agrarfrage und der Agitation auf dem Lande befaßt. Es gilt auch hier, klare Richtlinien aufzustellen und die Sozialisierung des Großgrundbesitzes in den Vordergrund der praktischen Arbeit zu stellen. Wir dürfen auch auf dem flachen Lande keine Stimmungsrevolution treiben, wir müssen vielmehr, gestützt vor allem auf die Landarbeiterschaft, die Vorbedingungen für die Sozialisierung der Landwirtschaft schaffen. Die mittlere Bauernschaft kann hierbei im besten Falle neutralisiert werden, die Klein- und Zwergbauernschaft jedoch kann durch intensive Propaganda gewonnen werden. Vor allem aber ist es notwendig, die Landarbeiterschaft geistig und organisatorisch für die Übernahme der Produktion vorzubereiten und die Landarbeiterschaft nicht von innen heraus zu revolutionisieren. Wenn die Gegenrevolution heute mit Recht das flache Land als ihren Hauptstützpunkt betrachtet, so muß die unabhängige Sozialdemokratie mit aller Energie darauf hinarbeiten, diesen Stützpunkt zu zerstören und in den Dörfern und Gütern ein großes Hinterland für die soziale Revolution zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Nach einer lebhaften Debatte, in der vor allem die Einzelheiten der Sozialisierung der Landwirtschaft erörtert wurden, und nach einem Schlußwort des Referenten wurde die Diskussion über diese Frage geschlossen. Das Referat des Genossen Stein wird laut Beifall als Broschüre erscheinen und den Genossen für die Landagitation zur Verfügung gestellt werden.

In der durch die Spaltung ausgeschiedenen Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden die Genossen Kranz, Lemm, Hahn, Schünung und Geißler gewählt. Am nächsten Sonntag wird eine Sitzung der Gemeindevorsteher des Bezirks stattfinden, ferner eine erweiterte Sitzung des Vorstandes, die zu den Landtagswahlen Stellung nehmen soll. Allgemein wurde betont, die Arbeit auf dem Lande mit Energie aufzunehmen. In spätestens 14 Tagen sollen mehrere Sekretäre mit ihrem Sitz in der Provinz angestellt werden. Die Versammlung, die den Delegierten gute Anregungen gab, wurde gegen 4 Uhr geschlossen.

## Groß-Berlin

### Die Bildung der Bezirksamter

Die Bezirksverwaltungen beschäftigen sich allenfalls mit den Vorarbeiten zu den Bezirksamtern. Es ist gelungen, die Raumfrage ohne Inanspruchnahme von Schulen zu lösen. Der Bezirk Berlin-Mitte wird jedenfalls die Räume der in Auflösung begriffenen Kettstube Groß-Berlin (Butter) beziehen können. In 8 Verwaltungsbereichen (Wedding, Gesundbrunnen) werden die unversorgten Räume des Eigenheims am Brunnenplatz benutzt werden können, ohne Benachteiligung der Bewohner des Heims.

Die Bezirksverwaltungen hatten sich in beschleunigter mit der Zahl der Mitglieder der Bezirksamter. Diese Zahl ist abhängig von dem Umfang der dem Bezirksamt übermittelten Tätigkeitsgebiete. Diese Gebiete liegen noch nicht fest. Bestimmte Gebiete der städtischen Verwaltung müssen zentral verwaltet werden. Die verbleibenden Parteien sind befreit, das Tätigkeitsfeld möglichst weit zu ziehen, um es der Zentrale zu entziehen und es gibt Bezirke, in denen auch von sozialdemokratischer Seite diese Bestrebungen Unterstützung finden. Wir halten diesen Weg für falsch. Es entzieht der Zentrale den Einfluß, den gerade wir allgemein ausüben wollen.

Somit es sich um die Zahl der Bezirksamtsmitglieder handelt, so kann man darüber verschiedener Ansicht sein. Für die Berliner Bezirke dürfte die vorgeschlagene Zahl von neun bis zehn Mitgliedern vollkommen ausreichen, in verschiedenen Vorortbezirken werden fünf, wie vorgeschlagen, nicht genügen. Es wird sich fragen, ob man, wie vorgeschlagen, unbesoldete Mitglieder einnimmt oder nehmen muß. Wir haben immer betont, daß überall da, wo Magistrats- oder Gemeindevorstandsmitglieder ihre volle Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen, auch volle Entschädigung geleistet werden muß. Diesen Kampf haben wir ausgemacht. Jetzt gilt es, die Bezirke so klein wie möglich auf die Füße zu stellen. Es sind Zweifel entstanden, ob nach dem Geist des Gesetzes auch in die Bezirksamter unbesoldete Mitglieder aufgenommen werden sollen. Nach dem Geist soll das Bezirksamt aus neun bis zehn Mitgliedern bestehen, die in der Regel besoldet sind. Es sind nun höhere Zahlen vorgeschlagen, darunter aber unbesoldete Mitglieder, für die Berliner Bezirke 9 besoldete und 8 unbesoldete. Das Originalgesetz, das geschaffen werden soll, wird in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden müssen, und es muß dem Oberpräsidenten zur Genehmigung vorgelegt werden. Wie die Dinge gelassen sind, bleibt kaum ein anderer Weg übrig, als jetzt schon einige unbesoldete Mitglieder in das Bezirksamt zu nehmen, um eine weitere Verzögerung der Bezirksbildung zu vermeiden. Ein weiteres Hinziehen führt nur dazu, die alten reaktionären Magistrats- und Gemeindevorstände ohne jede Kontrolle der Gemeindevertreter in die Ämter zu lassen. Das darf nicht sein. Bei ausreichender Besetzung der Bezirksamter mit besoldeten Mitgliedern werden die unbesoldeten nur noch eine mißberatende Aufsicht haben. In Groß-Berlin handelte es sich bei den Wahlen besoldeter Magistratsmitglieder um eine politische Frage, in den Vororten liegen die Dinge anders. Es muß jetzt Schlag auf Schlag vorwärts gegangen werden, wenn Groß-Berlin überhaupt auf die Beine kommen soll.

Die Besetzung der Beamtenstellen in den Bezirksamtern. In einem Rundschreiben weist der neue Berliner Magistrat die bisherigen Magistrats- und Gemeindevorstände darauf hin, daß das Ernennungsrecht für die Beamten und Angestellten, das den fünfzigjährigen Beamten nach dem Einmündungsgelehe zusteht, nicht etwa die Bedeutung hat, daß bei der erstmaligen Einrichtung der Bezirksamter diese das Recht hätten, aus den bisher in den früheren Einzelgemeinden beschäftigten Beamten die Beamten auszuwählen, die sie beschäftigen wollen. Bei der ersten Einrichtung der Bezirksamter handelt es sich lediglich um eine Verteilung vorhandener Beamten, die trotz des ihm zustehenden Ernennungsrechtes dem Magistrat obliegt. Kein Bezirksamt kann daher die Beschäftigung eines ihm erstmalig zugewiesenen Beamten ablehnen.

Eine Klage gegen die Stadtverordneten-Versammlung hat der Stadtverordnete Herr von Eppner eingereicht. Er geht davon aus, daß die Stadtverordneten-Versammlung nicht rechtmäßig zusammengesetzt sei und daß deshalb alle gefassten Beschlüsse und Wahlen ungültig sind.

Die Klage ist an alle 225 Stadtverordnete gerichtet. Er dürfte wenig Glück haben, da seine Behauptungen den Tatsachen gegenüber nicht Stich halten.

Die erste Bezirksversammlung im 10. Verwaltungsbezirk wurde am 23. 11. im Lokum zu Jeshofen durch den Stadtrat Wege eröffnet. Sie zählt im ganzen 19 Verordnete, davon 7 Deutsche Volkspartei, 4 Deutschnationale, 3 U. S. P., 2 S. P. und je 1 De-

maltrat, Bürgerliche Beteiligung und Kommunalbeamter. Die drei letztgenannten haben sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Justizrat Dr. Weinbingen (D. P.), zweiter Vorsitzender Hoge (Deutschnat.), erster Schriftführer Vallentin (U. S. P.) und Laub (S. P.). Dann wurden eine Geschäftsordnungskommission und eine Kommission zur Vorbereitung der Wahlen zum Bezirksamt gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß während der Verhandlungen alle Titel, auch die akademischen, weggelassen sollen.

Die Zulieferungsstelle des Magistrats Berlin gibt bekannt: Der Preis für Kaudis im Kleinhandel darf nicht übersteigen: für weißen Kaudis für 1 Pfund 4,60 Mark, für 1/2 Pfund 3,45 Mark, für farbigen Kaudis für 1 Pfund 4,50 Mark, für 1/2 Pfund 3,40 Mark. Die vorstehenden Preise sind am 3. Dezember 1920 in Kraft getreten. Ein Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Milchlieferung vom Dienstag, den 7. d. Mts., bis einschließlich Sonnabend, den 11. Dezember d. J. Am Dienstag, den 7. Mittwoch, den 8., Donnerstag, den 9., und Freitag, den 10. d. Mts., werden die 1/2 Liter-Krankearten nicht mit Milch beliefert. Als Ersatz hierfür wird am Dienstag, den 7. d. Mts., auf die Dauer von 4 Tagen eine gleiche holländische gezuckerte Rahm Milch zum Preise von 8,75 Mark an die Verbraucher abgegeben. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., erhält die 1/2 Liter-Krankeart 1/2 Liter Milch. Die 1/2 Liter-Krankearten werden vom Dienstag, den 7. d. Mts., bis einschließlich Freitag, den 10. d. Mts., mit 1/2 Liter Milch beliefert. Am Sonnabend, den 11. d. Mts., erhalten die 1/2 Liter-Krankearten nur 1/2 Liter Milch. Die ausgegebene Belieferung bezieht sich nicht auf die seit dem 1. Oktober 1920 zu Berlin neu hinzugekommenen Gemeinden.

Bom Eisenbahnen. Zum 1. Dezember wurden von der Eisenbahndirektion Änderungen des Fahrplans einzelner Schienenzüge vorgegeben. Kolonnenzüge wäre eine Änderung der Abfahrzeiten der Züge, welche die Arbeiter morgens und abends nach und von der Arbeit befördern. So ist z. B. unbedingt eine Änderung nötig für die Kaulsdorfer Strecke. Bis zum 15. Juni fuhr morgens ein Zug 6.11 ab Biesdorf und abends der letzte Zug ab Jannowbrücke 11.26. Ohne Rücksicht auf die Arbeiter läßt man seit 15. Juni jetzt den Zug morgens 6.17 ab Biesdorf und den letzten Zug 11.06 ab Jannowbrücke verkehren. Der Zug 6.17 kommt seit 15. Juni mit einer regelmäßigen Verspätung von zehn Minuten Bahnhof Jannowbrücke an, so daß es unmöglich ist, um 7 Uhr die Arbeitsstelle zu erreichen. Den Schichtarbeitern ist es ebenso unmöglich, den Zug 11.06 zu erreichen. Sie müssen früher Feierabend machen und sich demzufolge am Schluß der Woche einen erheblichen Lohnabzug gefallen lassen. Warum ist eine Änderung überhaupt am 15. Juni erfolgt? Sollte eine Schädigung der Arbeiter absichtlich herbeigeführt werden? U. U. w. g.!

Die vereinigten sozialistischen Elternräte von Schöneberg und Friedenau (11. Bezirk) berufen zum Donnerstag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, in die Aula der Hohenzollernschule, Veltiger Str., Ecke Eisenacher Str., eine große öffentliche Volksversammlung ein, in der Dr. Löwenstein (U. S. P.) und Prof. Dehreich (S. P. D.) über das Thema „Die Schule der Zukunft“ sprechen werden. Aussprache folgt.

Zur Nachahmung empfohlen. Bis zum 1. Dezember hat das gesamte Personal der Konsum-Gesellschaft Lichtberg an die Unterbringungskommission der Berliner Arbeiterkassen für Inhaberte und deren Familien 177.775,08 M. abgeliefert. Mögen sich andere daran ein Beispiel nehmen und es ebenbürtig machen.

Der Elternrat der Schule für Schwache ladet zu einer Elternversammlung am 7. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Säufling Georgenitzplatz 18, ein. Herr Lehrer Herzog wird über die neue, noch wenig bekannte Schullehrer sprechen. Eltern schwacher Kinder und Gäste sind herzlich willkommen.

## Gewerkchaftliches

### Zur Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter

Die Funktionäre des Holzarbeiterverbandes der Berliner Verwaltungskasse, soweit sie auf dem Boden der U. S. P. D. stehen, folgten am Sonntag einem Rufe der Berliner Parteileitung, um zu den gegenwärtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen.

Nach einem Referat des Genossen Berger und nach anschließender Diskussion darüber wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, die der heute stattfindenden Generalversammlung unterbreitet werden soll:

„Die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Verwaltungskasse Berlin, lehnt die Beziehungen auf Ansehen an die Moskauer Gewerkschaftsinternationale und die sich daraus ergebende Bildung von kommunistischen Komitees in den Gewerkschaften ab. Sie erhebt darin eine Forderung, die in ihrer Auswirkung auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinauslaufen muß. Der Londoner Kongress der internationalen Gewerkschaften hat sich durch seine Beschlüsse ungewidertig auf dem Boden des prinzipiellen Massenkampfes und des revolutionären Sozialismus gestellt. Es liegt somit gar keine Veranlassung vor, die noch reinen Gewerkschaften zu zerteilen, wie es zum Schaden der Arbeiterbewegung mit den sozialistischen Parteien geschehen ist.“

### Gegen Lehrlingsausbeutung

Da sich in letzter Zeit die Klagen häufen, daß Lehrlinge unzulässigerweise zu Ueberstunden und Ausräumungsarbeiten nach der achtstündigen Arbeitszeit herangezogen werden, halten wir es für notwendig, eine Meinungsäußerung des Volksrepräsentanten an eine Berliner Zeitung wiederzugeben.

Auf Ihre Anfrage erwidere ich ergebenst:

Zu I. Die Ausräumungsarbeiten der Lehrlinge gehören zu den Arbeiten im Sinne der Anordnung vom 23. 11. und 27. 12. 1918 und sind in die achtstündige tägliche Arbeitszeit einzurechnen. In diesem Sinne haben sich auch einige Ober-Landesgerichte (Köln, Schwertin) ausgesprochen.

Zu II. Die auf den Besuch der Vorkursbildungsschule verwendete Zeit gilt nach einem Erlass des Reichsarbeitsministers ebenfalls als Arbeitszeit im obigen Sinne.

Die Bestrebungen der Innungscharfmacher, die Arbeitszeit für Lehrlinge zu verlängern, sind damit fürs erste erledigt. Aufgabe der Arbeiter- und Elternschaft muß es sein, Uebergriffen in dieser Hinsicht zum Schutz der Jugendlichen entgegenzutreten. Wo verlangt wird, daß Lehrlinge Ueberzeitarbeit leisten sollen, ist dies abzulehnen.

Auch die teilweise Verlegung der Arbeitszeit in die Abend- und Nachtstunden bedingt nicht ohne weiteres die Aufhebung des gesetzlichen Jugendgesetzes. Nach diesem dürfen Jugendliche bis zu 16 Jahren nur in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends beschäftigt werden. — Sofern einzelne Unternehmer gegen die gesetzlichen Anordnungen verstoßen, sind die Betriebsräte oder auch die Jugendlichen verpflichtet, dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten Anzeige zu erstatten.

## Auchliches Poffenspiel

Am 22. November ist vor dem Demobilisierungskommissar ein Tarifvertrag für das Berliner Leder- und Schuhgewerbe zwischen dem Zweigverband für das Leder- und Schuhgewerbe in Groß-Berlin und dem Zentralverband der Leder- (Ordnungsverwaltung Berlin) abgeschlossen worden.

Der Gesamtvorstand des Zweigverbandes vertritt nunmehr die Verhandlungskommission der Leder- und Schuhmeister, der unter anderem der zweite Vorsitzende des Zweigverbandes, Herr Obermeister Helmwig-Copenick, angehört, als nicht autorisiert den Tarifvertrag abzuschließen.

Diese sehr merkwürdige Haltung des Gesamtvorstandes vom Zweigverband läßt sich nur dadurch erklären, daß die Berliner Leder- und Schuhmeister immer noch nicht ein Tarifvertragsverhältnis mit dem Zentralverband der Leder- (Ordnungsverwaltung Berlin) abgeschlossen haben.

Der zweite Vorsitzende des Zweigverbandes (der erste ist für die Verhandlungen verstorben) erklärte vor dem Demobilisierungskommissar auf Befragen durch den Vorsitzenden, daß die anwesenden Leder- und Schuhmeister zum Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Zentralverband der Leder- (Ordnungsverwaltung Berlin) beauftragt seien. Das elende Poffenspiel, das jetzt der Gesamtvorstand unter Vorbehalt dieses Herrn Helmwig aufgeführt, kann an dem abgeschlossenen Tarifvertrag absolut nichts mehr ändern. Es kennzeichnet aber die Leder- und Schuhmeister, die in der Tat zwar etwas versprochen, sich aber sofort um dieses herandrücken wollten, wenn sie glauben einen günstigeren Moment entdeckt zu haben.

Zentralverband der Angehörigen. Arbeitslose Beschäftigte werden hier mit Rücksicht aufgeführt. Ihre Kinder für die Beschäftigten der Leder- und Schuhindustrie anzuwerben. Soweit dies noch nicht geschehen ist, gilt als letzter Termin der 15. Dezember 1920. Die Anmeldung wird nur im Verband der Angehörigen der Leder- und Schuhindustrie, unter der Leitung des Vorsitzenden, Herr Helmwig-Copenick, sowie die Arbeitslosenliste der Mitglieder und die Liste der Angehörigen der Kinder. Die Ortsverwaltung.

## Aus den Organisationen

1. Bezirk, Dienstag, 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Buchausstellung bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 1. und 2. Bezirk, Mittwoch, 8. Dezember, abends 7 Uhr, gemeinschaftliches Jubiläum der Arbeiter, Straßen 8, Vortrag des Genossen Knie über Sozialismus, 2. 1. und 2. Bezirk, gemeinschaftliches Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 3. und 4. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 5. und 6. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 7. und 8. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 9. und 10. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 11. und 12. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 13. und 14. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 15. und 16. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 17. und 18. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 19. und 20. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 21. und 22. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 23. und 24. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 25. und 26. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 27. und 28. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 29. und 30. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 31. und 32. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 33. und 34. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 35. und 36. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 37. und 38. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 39. und 40. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 41. und 42. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 43. und 44. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 45. und 46. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 47. und 48. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 49. und 50. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 51. und 52. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 53. und 54. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 55. und 56. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 57. und 58. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 59. und 60. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 61. und 62. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 63. und 64. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 65. und 66. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 67. und 68. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 69. und 70. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 71. und 72. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 73. und 74. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 75. und 76. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 77. und 78. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 79. und 80. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 81. und 82. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 83. und 84. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 85. und 86. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 87. und 88. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 89. und 90. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 91. und 92. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 93. und 94. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 95. und 96. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 97. und 98. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 99. und 100. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 101. und 102. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 103. und 104. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 105. und 106. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 107. und 108. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 109. und 110. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 111. und 112. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 113. und 114. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 115. und 116. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 117. und 118. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 119. und 120. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 121. und 122. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 123. und 124. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 125. und 126. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 127. und 128. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 129. und 130. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 131. und 132. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 133. und 134. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 135. und 136. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 137. und 138. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 139. und 140. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 141. und 142. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 143. und 144. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 145. und 146. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 147. und 148. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 149. und 150. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 151. und 152. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 153. und 154. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 155. und 156. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 157. und 158. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 159. und 160. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 161. und 162. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 163. und 164. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 165. und 166. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 167. und 168. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 169. und 170. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 171. und 172. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 173. und 174. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 175. und 176. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 177. und 178. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 179. und 180. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 181. und 182. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 183. und 184. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 185. und 186. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 187. und 188. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 189. und 190. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 191. und 192. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 193. und 194. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 195. und 196. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 197. und 198. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 199. und 200. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 201. und 202. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 203. und 204. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 205. und 206. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 207. und 208. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 209. und 210. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 211. und 212. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 213. und 214. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 215. und 216. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 217. und 218. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 219. und 220. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 221. und 222. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 223. und 224. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 225. und 226. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 227. und 228. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 229. und 230. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 231. und 232. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 233. und 234. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 235. und 236. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 237. und 238. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 239. und 240. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 241. und 242. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 243. und 244. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 245. und 246. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 247. und 248. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 249. und 250. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 251. und 252. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 253. und 254. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 255. und 256. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 257. und 258. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 259. und 260. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 261. und 262. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 263. und 264. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 265. und 266. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 267. und 268. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 269. und 270. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 271. und 272. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 273. und 274. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 275. und 276. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 277. und 278. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 279. und 280. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 281. und 282. Bezirk, Freitag, 10. Dezember, abends 7 Uhr, Jubiläum bei Reichswehrministerium, 17. Eiserne Reichswehrverwaltung von 7 Uhr. — 283